

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72200. **Postkonto:** Leipziger Buchdruckerei G. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Berlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72200

Inseratenpreise: Die Maximal-Kolonnenbreite 35 Pica, der Spaltenabstand 4 Pica. **Stellenangebote** 10 Geis. Kolonnenbreite 25 Pica. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Geis. Kolonnenbreite mit 50% Nachsch. Reklamesp. 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Geis. Kolonnenbreite 40 Pica, bei Spaltenbreite 60 Pica, Reklamesp. 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Nacht-Groschenjungen in der KPD

Die Thälmann-Korruption im Thüringer Bezirk

Im Bunde mit der Polizei

Der thüringische Landtagspräsident, Genosse Leber, erhielt dieser Tage einen Brief, dessen Wortlaut wir nachstehend folgen lassen. Der Schreiber „Niki“ heißt in Wirklichkeit Nikolaus Pabst. Er wohnt in Jena und ist erst vor kurzer Zeit aus Moskau zurückgekehrt. Pabst ist jener Turkestaner, der nach der Faschistrevolution in der Redaktion der Jenaer Neuen Zeitung den Auftrag erhielt, die „rechten Schweinereien“ in Thüringen zu bejähren. Der Empfänger des Briefes, „Genosse Fritj“ ist der politische Redakteur des kommunistischen Gothaer Volksblattes, Heinemann. Niki hatte versehentlich seinen Brief in ein Kuvert gesteckt, das an den thüringischen Landtagspräsidenten gerichtet war und dieser verlas ihn dann von der Tribüne des thüringischen Landtages herab. Das Schreiben lautet:

Jena, den 18. November 1928.

Lieber Genosse Fritj!

Du schreibst mir, daß ich in der Gothaer Mitglieder-Versammlung sehr unglücklich operiert habe. Du mußt mir zugute halten, daß ich erst seit kurzer Zeit wieder in Deutschland bin und deshalb nicht wissen kann, was sich in Thüringen alles nach 1923 abgepielt hat. Das Mittel, was die Rechten in Gotha gegen die Partei auszuspielen, war mir nicht bekannt. Du mußt mir in jedem Punkt Verständnis geben. Mit Genossen Zimmermann habe ich schon einige Sachen durchgesprochen. Er sagt, daß leider alle Behauptungen wahr sind. Zimmermann sagt: Die Zentrale schickte den Genossen Dähnhardt 1924 nach Jena und den Genossen Kohl nach Gotha. Dähnhardt ist von Keller als Polizeispitzel entlarvt worden, auch Kohl Dähnhardt an der Unterschlagerung der 6000 Mark der Neuen Zeitung beteiligt sein. Kohl kam nach Gotha und wurde von der UBZ (Unterbezirksleitung) nicht anerkannt. Kohl hat darauf einen Kreis Genossen um sich gesammelt und in der Wohnung des Genossen Kocher die Genossen aufgefordert, die Mitglieder der gesamten UBZ der Polizei auszuliefern, und zwar nach folgendem Plan: Zum 1. Mai wird eine Demonstration gemacht, die UBZ muß an die Spitze; wenn nun die Demonstration zum Rathaus kommt, geht ein Genosse zur Polizei und meldet, daß die führenden Genossen bewaffnet sind und einige Genossen fordern dafür, daß in den Zusammenkünften mit der Polizei die UBZ-Mitglieder erbeutet werden. Die Gothaer Rechte weiß, daß unser Genosse Kohl noch Parteiangestellter ist. Wie Du mir mitteilst, verbreiten die rechten Genossen in Gotha das Gerücht über mich, ich hätte 1923 beim Waffentausch in Suhr 3000 Dollar unterschlagen. Das ist natürlich Schwindel. Ein anderer Genosse hat diese Schweinerei begangen. Weiter wird behauptet, daß der Exkurreur Genosse Kellermann durch anonyme Briefe Parteigenossen verdächtigt hat. Kellermann hat das zugegeben. Dähnhardts Bestrafung über die 500 000 Mark der Zentrale mußt Du in Gotha abstreifen. Ueberhaupt hast Du in Gotha noch wenig gegen die Rechte durchgezogen. Deine Angriffe im Volksblatt müssen geschickter ausgearbeitet werden. Dähnhardt und Konforten sind die Gefährlichsten, sie müssen von den Mitgliedern getrennt werden. Es muß sich doch in Gotha ein Genosse finden, der behauptet, daß Dähnhardt mit Sozialdemokraten in seiner Wohnung Zusammenkünfte hat. Ich denke an den Genossen Meißner. Du sagst mir jetzt, daß Genosse Lindemann Material gegen Dähnhardt hat. Das muß ich unbedingt haben.

Deine Ansicht, Rühr nicht mehr als Lokalredakteur zu behalten, teile ich auch. Auch der Genosse Lindemann vertrat diesen Standpunkt. Doch müssen wir damit noch warten. Erst müssen wir in Gotha die Rechten erledigt haben, dann bauen wir Rühr ab. Ich denke dann, den Genossen Hürzer nach Gotha zu bringen. Deine Eingekommenheit für Selske begreife ich nicht. Selske ist ein ganz gefährlicher Purzsch. Da stehen wohl Weiberjachen dahinter. Dein Niki ist ja ein hübscher Kerl. Gruß Niki.

In der KPD-Presse und demnächst auch in der SAZ wird der Austritt eines Abgeordneten namens Franz aus der thüringischen Landtagsfraktion ressamenschaft ausgezogen. Franz, der im Meuselwitzer Bezirk beheimatet ist, hatte sich bei Gemeinderatswahlen an die Spitze von Querslisten gestellt, die sich gegen die sozialdemokratischen Kandidaten richteten. Er wurde demzufolge mit vollem Recht ausgeschlossen, woraus sich ergibt, daß die Sozialdemokratische Partei ernsthaft danach strebt, ihre eigenen Reihen reinzuhalten. Demgegenüber aber halte man das Schreiben des kommunistischen „Genossen Fritj“, das erkennen läßt, welche Elemente dort seit Jahren ihr Unwesen getrieben haben. Man scheut nicht, die Polizei gegen die eigenen Genossen zu mobilisieren, um sich so der Anklage zu erwehren, die das Bestreben haben, den stinkenden Korruptionsumpf auszuräumen. In Thüringen finden am kommenden Sonntag die Gemeinderatswahlen statt, und wenn nicht alles täuscht, wird dieser Brief Wunder wirken.

Spaltung der KPD in Stettin

Verfall der Stadtverordnetenfraktion

Der Vorwärts berichtet: Das Durcheinander in der Stettiner KPD hat jetzt durch die Spaltung der neun Mann starken Stadtverordnetenfraktion seine Krönung gefunden. Mehrere „rechte“ Stadtverordnete hatten vor einiger Zeit gegen die Weisung der Bezirksleitung, für die Unterstützung der nicht organisierten streikenden Werftarbeiter einzutreten, rebelliert, indem sie, als die Angelegenheit in der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung stand, den Sitzungssaal verließen. Wie vorauszu sehen, ist dieser offene Aufstand Ausgangspunkt schwerer Auseinandersetzungen geworden. Nachdem zunächst die Bezirksleitung den hier in Frage kommenden Disziplinbrechern nur eine Rüge erteilt hatte, hat sich nunmehr die sogenannte pommerische „Parteiarbeiterkonferenz“ mit dem Fall befaßt und ihr Urteil gesprochen. Sie beschloß, der Bezirksleitung zu empfehlen, die Stadtverordneten Höft und Blech aus der Kommunistischen Partei auszuschließen und den Stadtverordneten Griehl aufzufordern, sein Mandat niederzulegen. Die Thälmannisten in der Bezirksleitung haben diesem Urteilspruch in einer Sitzung, die sie dem Strafgericht der Parteiarbeiterkonferenz auf dem Tische folgen ließen, sofort Rechnung getragen. Da die Kandidatenliste der KPD zur Stettiner Stadtverordnetenversammlung inzwischen erschöpft ist, bedeutet das die völlige Zersplitterung der Fraktion. Gegen den vierten Mitarbeiter ist deshalb vorläufig von weiteren Maßnahmen abgesehen worden, weil er inzwischen in aller Form Absicht geäußert und künftig zu gehören geseht hat.

Ernte und Lebensmittelkrise in Rußland

Von Olga Domanevskaja.

Die Lebensmittelkrise in der Sowjetunion wird immer härter und wirft das Land heinabe in die Bedingungen der Zeit des „Kriegs Kommunismus“ zurück. Welches sind die Ursachen dieser Erscheinungen im gegenwärtigen Zeitpunkt? Die Sowjetregierung behauptet, daß die diesjährige Ernte hinter der vorjährigen nicht zurückbleibe. Doch ist nicht die Bruttoernteentscheidung, sondern die qualitative Zusammensetzung der Ernte. Indes ist die Ernte der Futtergetreide (Gerste, Hafer) größer, die Roggen- und Weizen-ernte dagegen niedriger als im Vorjahr, und zwar — nach sowjetamtlichen Angaben — um 9 bis 10 Prozent. Die Situation wird noch weiter verschlimmert durch die geographische Lagerung der Ernte. Die Kornkammer Rußlands, die Bezirke der Ukraine, des Nordkaukasus, der mittleren Wolga, ist in diesem Jahr von einer Missernte betroffen. Viele getreideproduzierende Gouvernements können nicht nur kein Getreide auf den Markt bringen, sondern hungern selbst und bedürfen der Staatshilfe. Die Ernte hat sich weiter nach dem Osten verschoben. Ein Teil des Wolgagebietes, das Uralgebiet und Sibirien, sind die wichtigsten Bezirke, die in diesem Jahre Rußland mit Getreide versorgen. Damit aber die zentralrussischen Bezirke mit Getreide versorgt werden können, muß es einen Eisenbahnweg von vielen tausend Kilometer zurücklegen. Die Eisenbahn muß beschleunigt Hunderttausende von Tonnen Getreide transportieren, ihre Leistungsfähigkeit entspricht aber in keiner Weise solchen Anforderungen. Die Silos sind überfüllt, das Getreide lagert auf den Bahnhöfen, verkauft teilweise, seit das Regenwetter eingesetzt hat, im Freien.

Obgleich seit dem Beginn der Getreidebeschaffungslampagne, in den Monaten Juli bis Oktober, mehr Getreide aufgebracht worden ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres, reicht das Getreide in den Städten und in den ländlichen Getreidezusuhgebieten wegen der Transportchwierigkeiten nicht aus, und die Bevölkerung ist bereits gezwungen, um aus schlechtem Mehl gebadenes Brot zu kaufen, viele Stunden vor den Geschäften anzustehen. Das Weißbrot wird für gewöhnlich gar nicht verkauft. Es fehlt aber nicht nur an Brot. Auch andere Lebensmittel, Butter, Eier, Pflanzenöl sind knapp; es fehlt auch an Zucker, Kaffee und Reis. Landwirtschaftliche Produkte wie Butter und Eier sind auf dem Markt nicht vorhanden, weil die Bauern es für vorteilhafter halten, sie in der eigenen Wirtschaft zu verbrauchen, statt sie zu unverhältnismäßig niedrigen Preisen abzugeben. Zucker und Pflanzenöl werden vom Staat hauptsächlich in die Getreideüberschussbezirke gebracht, damit die Bauern dagegen Getreide liefern. Und Kaffee, Tee und Reis werden gegenwärtig in Rußland zu Luxusartikeln, die man nur mit Mühe und Not erlangen kann, weil der Staat genötigt ist, die Einfuhr aus dem Ausland einzuschränken.

Die Lebensmittelknappheit führt dazu, daß sich vor den Läden und Geschäften „Schlangen“ bilden. Die Arbeiter, die von der Arbeit erst spät heimkehren, bleiben ohne Lebensmittel. Um sich rechtzeitig nach Lebensmitteln anzustellen, muß man entweder zur Arbeitsstelle zu spät kommen oder die Arbeit ganz versäumen. In der Praxis hat sich bei der Verteilung der Lebensmittel bereits eine Art von Kartensystem herausgebildet, da die Verkaufsstellen der Genossenschaften bestimmte Höchstgrenzen für die Abgabe von Lebensmitteln festgesetzt haben und den Verkauf registrieren.

War die Situation eine solche schon zu einer Zeit, wo das Ergebnis der Getreidebeschaffung im allgemeinen zufriedenstellend war, so stellen sich die Zukunftsaussichten noch ungünstiger. In den ersten Monaten der Getreidebeschaffungslampagne werden gewöhnlich größere Mengen Getreide auf den Markt gebracht. In den ersten Monaten nach der Einbringung der Ernte pflügen die Bauern Produktionsmittel und Verbrauchsgüter einzu kaufen und zu diesem Zweck Getreide zu verkaufen. In die gleiche Zeit fällt auch die Zahlung des größten Teils der Landwirtschaftsteuer, die für die Bauern mit den wesentlichsten Anreiz zur Realisierung der Ernte bildet. Im November schon geht die Bedeutung dieser Faktoren zurück: die wichtigsten Bedürfnisse der Bauernwirtschaft sind befriedigt, die Steuern sind zu einem erheblichen Teil bezahlt, so daß der Zwang zum Getreideverkauf gemildert ist, es kommt die Zeit für den Verkauf anderer Agrarprodukte, Flachs, Fleisch usw. Andererseits verhindert der durch das Herbstwetter bedingte schlechte Zustand der Wege und Landstraßen den Transport des Getreides zu den Silos und Eisenbahnstationen.

Alle diese Umstände wirken außerordentlich erschwerend auf den weiteren Fortgang der Getreideaufbringung. Die Bauern können nunmehr im wesentlichen wieder nur durch die Lieferung von Industriewaren zur Abgabe von Getreide bewegt werden. Meldungen, die aus den verschiedensten Bezirken einlaufen, zeigen, daß in dieser Richtung die Situation sich gegenüber dem Vorjahre nicht nur nicht verbessert, sondern sogar eher verschlechtert hat. — und im vorigen Jahr ist die nötige Unmöglichkeit, das Dorf mit den von ihm benötigten Waren zu versorgen, deutlich genug zutage getreten. In der Prawda vom 14. November heißt es in einem Bericht

Der Stadtrat von Tokio verhaftet

SPD Berlin, 26. November. (Radio.)

Der japanische Justizminister hat den gesamten Stadtrat von Tokio verhaften lassen, weil Unterschlagungen in Höhe von 10 Millionen Yen aufgedeckt sein sollen. Unter den 90 Verhafteten befinden sich bekannte Persönlichkeiten aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben. Die Verhaftung wird als ein neuer Schlag des reaktionären Ministerpräsidenten Tanaka gegen die Opposition angesehen.

Not in Peking

III London, 24. November.

Die Zustände in Peking, die sich seit Verlegung der Regierung nach Nanking ständig verschlechtert haben, nähern sich dem Chaos. Der Nahrungsmittel- und Brennstoffmangel ist außerordentlich drückend geworden. Die Straßenbahnen haben, nachdem sie ihre Forderungen auf volle Bezahlung für den Transport von Soldaten nicht durchsetzen konnten, sich geweigert, überhaupt noch Fahrgeld entgegenzunehmen, so daß gegenwärtig jeder umsonst fahren kann.

Dokumentendiebstahl

Abendspätermeldungen geben eine Meldung des Bukarester Konsulats wieder, wonach aus dem Staatsarchiv ein Dokument über den Anschluß des Banats an Rumänien verschwunden ist, das am 1. Dezember 1918 in Alba Julia von Mitgliedern des Banatarumänischen Nationalrates, darunter von dem derzeitigen Minister Gener Popu, unterzeichnet worden ist. Es sei festgestellt worden, daß der Täter eine vornehme Privatperson ist, die das Dokument zu unansehnlichen Machenschaften verwenden wollte.

Erfolg der Rüstungspolitik

Polen und die Rheinlandräumung

III Warschau, 24. November.

Die polnischen Rechtsparteien und die Piast-Partei haben gestern im Sejm den Dringlichkeitsantrag eingebracht, die Regierung möge alle Schritte unternehmen, damit dem Artikel 429 des Vertrages von Versailles Genüge geschieht, in dem bestimmt wird, daß die Räumung des Rheinlands mit einer genügenden Bürgschaft gegen deutsche Angriffs-handlungen verbunden sein müsse. Zur Stützung des Antrags wird Bezug genommen auf die Reichstagsausprüche vom 15. und 18. sowie vom 19. und 20. November, in denen festgestellt worden sei, daß die deutschen Rüstungen gegen Osten, vor allem gegen Polen gerichtet seien, sowie daß die Vertreter verschiedener Parteien die Forderung einer Verringerung der deutsch-polnischen Grenze erhoben hätten, endlich, daß am 15. September in Genf die Verhandlungen über eine vorzeitige Rheinlandräumung angebahnt worden seien.

Lettlands neue Regierung

DE Riga, 24. November.

Nach längeren Beratungen und Auseinandersetzungen der Parteien ist nunmehr die neue Regierung gebildet worden, die sich in erster Linie auf den lettischen Bauernbund stützt, dessen Mitglied Jelmin Ministerpräsident wird. Das Außenministerium behält Balodis, da sein Verbleiben von den meisten Parteien gewünscht wird. Das demokratische Zentrum beteiligt sich an der Regierungskoalition nicht. Ein Ministerpostenfille ist der deutschen Fraktion vorbehalten.

Die Volkspartei für Koalition

Eine lehrreiche Begründung

Stresemanns Rede

In der Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei hielt Reichsaussenminister Dr. Stresemann als Parteivorsitzender am Sonnabend eine kurze innenpolitische Rede. Zunächst setzte sich Dr. Stresemann mit der Kritik auseinander, die gelegentlich gegen die Beteiligung der Volkspartei an der Reichsregierung erhoben worden ist. Die Auffassung, daß man der Sozialdemokratie allein die Verantwortung hätte überlassen sollen, sei entschieden zurückzuweisen. Wenn heute das Bürgerium insgesamt jede Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie ablehnen würde, so würde es selbst die Schuld an der Radikalisierung der Sozialdemokratie und an der Stärkung der Kommunisten tragen.

Wir haben demgegenüber das größte Interesse daran, daß der staatsbürgerliche Gedanke in der Sozialdemokratie selbst geklärt wird, um denjenigen Teil der Sozialdemokratie, der ein Zusammenwirken mit dem Bürgerium anstrebt, nicht zu schwächen, sondern zu stärken. (Lebhafte Zustimmung.) Allerdings ist unser Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie ebenso eine reine Vernunftsache, wie es diejenige mit der Deutschnationalen Volkspartei war. Gewiß haben wir durch die Haltung der Sozialdemokratie in der Panzerkreuzerfrage eine starke Belastung aufnehmen müssen. Die Haltung in dieser Frage war die Frucht einer skrupellosen Wahl-agitation, an der aber nicht allein die Sozialdemokratie beteiligt war.

Wir verstehen die Kritik an dem parlamentarischen System in der Form, die es bei uns angenommen hat. Sie darf aber nicht da einsehen, wo ihre Argumente der Durchschlagkraft entbehren. Das gilt besonders für die Frage der Stellung des Reichspräsidenten. Man wird aus dem Amt des Reichspräsidenten stets das machen können, was die Verfassungskraft des Reichspräsidenten aus dieser Stellung selbst macht. Die Volkspartei wünscht eine Veränderung des Wahlrechts unter Aufrechterhaltung der Verhältnismäßigkeit, aber unter Verkleinerung der Wahlkreise. Programmatisch steht sie auf dem Standpunkt der Erziehung des Einzelstaates. Dieser Staat könne aber nicht im Wege des Zwanges herbeigeführt werden. Es sei andererseits auch nicht richtig, daß die Kultur unter dem Vorzeichen der Selbständigkeit einzelner Länder leide. Köln und Düsseldorf seien einst Hauptstädte

selbständiger Staaten gewesen und hätten doch nach ihrem Aufgehen in dem großen Preußen einen Aufschwung genommen, den sie ohnedies niemals hätten nehmen können. Außerordentlich begrüßenswert sei die Anregung des Reichsjustizministers, gegenüber dem Ausland den Begriff der deutschen Staatsangehörigkeit zu klären. Im übrigen sei auch eine Mitarbeit der Volkspartei an der preussischen Regierung erwünscht. Diese Frage werde jedoch augenblicklich überschattet durch die Auseinandersetzungen über den eventuellen Abschluß einer Vereinbarung zwischen Preußen und der Kurie.

Den Ausführungen Stresemanns folgte eine Debatte, in der zunächst für die völksparteiliche Fraktion des Preussischen Landtages der Abg. Stendel das Wort nahm. Nach seiner Ansicht liegt der Angelpunkt für die Lösung der Frage der preussischen Koalition im Reich. Die Volkspartei werde die Entwicklung im Reich abwarten und zu gegebener Zeit ihren ganzen Einfluß einbringen, um zu einer Erweiterung der preussischen Regierung zu kommen. Unbedingt müsse man fordern, daß Geistliche die deutsche Reichs- oder eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Unter keinen Umständen dürften Schulfragen Gegenstand irgendwelcher Vereinbarungen werden. Diese Frage sei eine rein inländische Angelegenheit.

In seiner Eigenschaft als Verbindungsmann zum Stahlhelm erklärte Major a. D. von Giffa: „Es ist zuzugeden, daß im Stahlhelm eine Reihe von Sachen vorgekommen ist, die nicht gedeckt werden können. Es wird unsere Aufgabe sein, das in Ordnung zu bringen. Der Austritt der Abgeordneten aus dem Stahlhelm war richtig, aber ebenso richtig war es, daß unsere Parteimitglieder im Lande im Stahlhelm bleiben, und zwar müssen sie dafür sorgen, daß der Stahlhelm ein Verhalten an den Tag legt, das sich mit unserer Parteizugehörigkeit vereinbaren läßt.“

Am Schluß der Sitzung wurden mehrere Entschlüsse gefasst über die Außenpolitik, das Verhältnis des Staates zur Kurie und zur Sozialpolitik angenommen. In der Entschlüsselung zur Sozialpolitik erklärte sich die Deutsche Volkspartei für den Schutz der Arbeitskraft und die Anerkennung der Gewerkschaften, sowie der Unternehmerverbände. Sie fordert jedoch eine Klärung des Schlichtungswesens und verlangt, daß Reich und Staat nicht partiell in Wirtschaftskämpfe eingreifen und dadurch die Staatsautorität erschüttern.

Aus Gröners Reich

Panzerkreuzer, aber keinen Kreuzer für die Arbeiter

SPD Herr Gröner hat seinen Panzerkreuzer. Nachdem ihm die Reichstagsmehrheit seinen Wunsch erfüllt hat, wird er vielleicht jetzt endlich auch einmal einen Augenblick Zeit finden, sich im Bereich seines Ministeriums um Dinge zu kümmern, die mindestens so wichtig sind wie der Panzerkreuzer und die schon längst in Ordnung hätten gebracht werden müssen. Herr Gröner hat neben den Soldaten und neben der Marine auch noch rund 20000 Arbeiter anvertraut. Das Wohl und Wehe der Reichswehrarbeiter ist schließlich doch keine Bagatelle.

Von Tag zu Tag mehren sich die Fälle, wo Reichswehrarbeiter mit der Begründung, es sei kein Geld da, auf die Straße gesetzt werden. Nachdem die Organisationen gegen die Entlassungen Front gemacht haben, erfährt man jetzt plötzlich vom Ministerium, daß die Schuld beim Reichsfinanzministerium liege, das bis jetzt die Mittel für die am 1. April fälligen Lohnerhöhungen noch nicht nachbewilligt habe. Das Reichswehrministerium hat also endlich den Schuldigen entdeckt. Die Arbeiterschaft fragt sich aber, ob der Etat des Reichswehrministeriums mit seinen Hunderten von Millionen tatsächlich nicht jenseit Spielraum offenläßt, daß die geringe Summe, um die es sich handelt, aus den verdecktesten Restbeträgen entnommen werden kann. Es ist doch sonst beim Reichswehrministerium für alle möglichen und unmöglichen Dinge Geld vorhanden.

Der Arbeiter ist beim Reichswehrministerium anscheinend fünftes Rad am Wagen. Wie nachlässig mit dem Schutze der Arbeiterinteressen umgegangen wird, zeigt sich auch daran, daß die Zahl der gemeldeten Unfälle von 253 im Jahre 1923 auf 1224 im Jahre 1927 gestiegen ist; die Zahl der tödlich verlaufenen Unfälle ging von 3 auf 7 in die Höhe. Wohl hat das Reichswehrministerium nunmehr eine Verfügung erlassen, wonach den Unfallgefahren in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Wer man weiß ja, wie die Dienststellen des Reichswehrministeriums mit solchen Verfügungen umgehen. Die neue Verfügung wird jedenfalls solange unbeachtet bleiben. Bis Herr Gröner sich einmal mit der gleichen Energie für die Arbeiterinteressen einsetzt, wie er sie vor kurzem in der Panzerkreuzerfrage an den Tag gesetzt hat.

Seit Wochen bemühen sich Organisationsvertreter, mit dem Reichswehrminister einmal über die zahlreichen Mängel persönlich zu sprechen. Herr Gröner hat seinerzeit solche Aussprachen ohne weiteres abgelehnt. Wird Herr Gröner, auf dessen Ministerstuhl die in seinem Bereich beschäftigten Arbeiter so große Hoffnungen gesetzt hatten, diesen selbstverständlichen Wunsch der Organisationen bald erfüllen?

Thüringer Sparmethoden

SPD Weimar, 25. November.

Der Staatsrat ist unter den Ordnungsgerechten Thüringens chronisch geworden. Um ihn einzubändigen, kamen die Herrschenden auf verschiedene Einfälle. So hatte der Volkshilfsminister die Zahl der Plichtstunden der Volkshilfslehrer willkürlich heraufgesetzt, um Personal und damit Gehälter zu sparen. Die SPD wandte sich dagegen. Die Mehrheit des Landtages hat sich jetzt für ihre Anträge entschieden. Die Demokraten stimmten gegen ihren Minister.

SPD Braunschweig, 25. November.

Der braunschweigische Justizminister hat dem Landtage, der am 20. November wieder zusammentritt, eine Vorlage über Verwaltungsreformen in der Braunschweiger Justiz vorgelegt. Er hofft, durch die Reform etwa ein Duzend Richter und Justizbeamte einsparen zu können. Bisher sind bereits zwei Richter und drei Messoren eingespart worden.

Staatspräsidentenwahl in Baden

SPD Karlsruhe, 23. November.

Der badische Landtag wählte am Freitag den Finanzminister Dr. Schmitt mit 40 Stimmen der Koalitionsparteien bei 21 Enthaltungen zum Staatspräsidenten. Kultusminister Dr. Leers wurde zum stellvertretenden Staatspräsidenten bestimmt.

Der schwerhörige Staatsanwalt

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: In der Braunschweigischen Landeszeitung taucht seit einigen Jahren ein ehemaliger Landesknecht als Staatsanwalt auf dem Balken in der besten Weise gegen Sozialdemokraten, Republikaner und Pazifisten aus. Erst kürzlich mußten wir ihn anbringen wegen seiner Unpäßlichkeit der Arbeiter, die er als verächtliche Masse bezeichnete. Als die Entschlüsselung des Reichstags über den Panzerkreuzer bekannt wurde, schrieb er am 2. November in einem Artikel, daß alle Politiker, die gegen den Bau des Panzerkreuzers stimmten, an die Laterne gehängt werden müßten. In der gleichen Nummer der Landeszeitung war eine Mitteilung, daß auch einige Zentrumsabgeordnete den Panzerkreuzer ablehnten wollten, mit der Ueberschrift „Laternekländern“ versehen.

Da die Staatsanwaltschaft dieser offenen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten keine Beachtung schenkte, hat die Ortsgruppe Braunschweig der Deutschen Friedensgesellschaft jetzt bei der Staatsanwaltschaft in Braunschweig gegen die Verantwortlichen der Landeszeitung Strafantrag gestellt. Die Braunschweiger Justiz wird nun zu entscheiden haben, ob bürgerliche Reklame ungestrast zu Gewalttätigkeiten gegen Friedensfreunde aufreigen dürfen.

Politischer Mord oder Selbstmord?

SPD Dortmund, 26. November. (Radio.)

Der frühere Kommunistenführer Wilhelm Kersting, der mit seiner Mutter in einem Hause in der Heroldstraße wohnte, wurde gegen Mitternacht in der Küche durch einen Revolverkugelschlag getötet. Kersting war früher Mitglied der Kommunistischen Partei und ist später zu den Nationalsozialisten übergetreten. Ob Kersting von politischen Gegnern ermordet worden ist oder Selbstmord verübt hat, steht nicht fest. Er neigte zum Trünke und galt als sehr gewalttätig. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung des Falles beschäftigt.

Eingestelltes Landesverratsverfahren

Wolffs Bureau berichtet: Durch Beschluß des Amtsgerichtes Berlin-Mitte ist das seit längerer Zeit schwebende Verfahren gegen den Studienassessor Dr. Dieh und gegen Dr. Goldmann auf Grund des § 2 des Amnestiegesetzes vom 14. Juli 1928 auf Kosten der Staatskasse eingestellt worden. Im Besitz des Studienassessors Dr. Dieh, der Justizrat Eich nachstand, waren bei einer Hausdurchsuchung im Mai 1927 drei Briefe gefunden worden, einer an die amerikanische Botschaft in Berlin, einer an den Zentrumsabgeordneten Pfeiffer und ein Brief des Studienrates Dr. Goldmann. Es handelt sich um eine Erfindung auf baltischem Gebiet, die der amerikanischen Botschaft angeboten werden sollte. Der Oberstaatsanwalt hatte darin eine Landesverräterische Handlung erblickt und entsprechende Maßnahmen gegen Dieh und Goldmann ergriffen. Das Reichsgericht hatte im Mai 1927, da der Verdacht eines Verbrechens nicht mehr als gegeben angenommen wurde, den ursprünglich erprobten Haftbefehl aufgehoben. Im Januar 1928 wurde aber die Anklageschrift zugestellt.

Gemeindevahlen in Tirol

Eine bürgerliche Meldung

Ul Innsbruck, 26. November.

In Tirol fanden am Sonntag in ländlichen Gemeinden mit Ausnahme von Innsbruck, die Gemeindevahlen statt. Die Wahlbeteiligung war ziemlich stark. Infolge der Aufstellung zahlreicher Listen ist jedoch eine Zersplitterung der Listen der bürgerlichen Parteien eingetreten. Die Sozialdemokraten haben in der Stimmenzahl gegenüber dem Vorjahre große Verluste erlitten. In den Mandatsverlusten brüden sich diese Rückgänge aber infolge der Zersplitterung im bürgerlichen Lager nicht in demselben Maße aus, wenn auch hier die Sozialdemokraten mit ziemlich beträchtlichen Mandatsverlusten zu rechnen haben.

Verbot eines kommunistischen Vortrags. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat durch Verfügung vom 20. d. M. die Berliner Arbeiterzeitung, Verlag in Lehnitz bei Oranienburg, auf die Dauer von acht Wochen verboten.

Über den Stand der Warenmärkte: „Im Gegensatz zum vorigen Jahr ist die Ende Oktober 1927 etwas geringer gewordene Spannung auf dem Gebiet der Industriewarenversorgung in diesem Jahr schon seit Mitte Oktober durch eine neue Phase einer Verschärfung der Spannung abgelöst, die die Tendenz hat, den größten Teil der Bezirke zu erfassen.“ Aus den wichtigsten Getreideaufbringungsbezirken der diesjährigen Ernte wird von einer „außerordentlich heftigen Krise in bezug auf Nachfrage“, von einer „Nichtbefriedigung der Nachfrage nach allen Geweben“, von einem „akuten Warenmangel auf dem Schuh- und Ledermarkt“ berichtet; „erhöhte Nachfrage bei einer akuten Minderlieferung der Warenmenge, die für den Massenverbrauch bestimmt ist“.

Die industrielle Erzeugung reicht für die Deckung des Bedarfes der städtischen und der ländlichen Bevölkerung nicht aus. Andererseits muß die Hauptmasse der Produkte auf weite Entfernungen, nach dem Uralgebiet und in die entlegensten Gegenden Sibiriens, verfrachtet werden, und dadurch werden die Ausfahrten der Versorgung der Getreideüberschußbezirke noch weiter verschlechtert. Gleichzeitig ist aber die häusliche Nachfrage nach Industrieerzeugnissen stark gestiegen, weil die Bauern Geldmittelreserven angesammelt haben. Der Bauer erhält Geld, sowohl wenn er sein Getreide auf Grund der staatlichen Getreidebeschaffungspläne dem Staat abliefern, als auch wenn er es zu wesentlich höheren Preisen an den privaten Händler verkauft. Außerdem führt die gesteigerte Notenemission für die Zwecke des Industrieneubaus dazu, daß die vom Staat entlohnten Saisonarbeiter den Verdienst wieder ins Dorf bringen, daß inflationistische Erscheinungen bemerkbar werden, wodurch das Geld entwertet und die Nachfrage nach Industriewaren erhöht wird.

Dies alles kann nicht umhin, den Verlauf der Getreidebeschaffungskampagne negativ zu beeinflussen. Bereits im November ist nach einer starken Steigerung im Vormonat ein Rückgang der Getreideaufbringungsresultate bei den wichtigsten Beschaffungsorganen zu verzeichnen: die zweite Hälfte der ersten Novemberdekade ergibt gegenüber den ersten fünf Tagen des Monats einen Rückgang um 21,2 Prozent.

Mit aller Schärfe tritt an die Sowjetregierung die Frage heran, wie soll das Getreide, das die Bauern aufgespeichert haben, mobilisiert werden? Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten münden hier jedoch unmittelbar in politische Probleme. Im vorigen Jahre hatte der Mißerfolg der Getreidebeschaffungskampagne zu einem Rück der Regierungspolitik „nach links“ geführt. Die traurigen Erfahrungen, die man mit dieser Offensive gegen das flache Land, mit der gewaltsamen Wegnahme des Getreides auf den Bauernhöfen, gemacht hat, sind noch nicht überwunden; sie klingen in der Einschränkung der Anbaufläche und in der Verschärfung der politischen Unzufriedenheit der Bauernmasse auch jetzt noch nach. Darüber hinaus wird die Wiederholung eines „linken“ Experimentes dadurch erschwert, daß das Problem der Beziehungen zwischen Sowjetstaat und Bauerntum im Mittelpunkt des Kampfes der Stalin-Richtung mit der „Rechtsopposition“ in der kommunistischen Partei steht und ein neuer „Linksruck“ eine weitere Vertiefung der Differenzen innerhalb der Partei und eine weitere Verschärfung des innerparteilichen Kampfes zur Folge haben müßte.

Die Lebensmittelkrise in Permanenz: das ist ein stetiger Mahnruf an die Sowjetregierung, sich vor Augen zu halten, daß eine normale Entwicklung des russischen und eine Überwindung der schweren wirtschaftlichen Störungen unmöglich ist ohne eine radikale Aenderung der Bauernpolitik des Sowjetstaates.

Der Stalin-Kurs

DE. Moskau, 24. November.

Aus der heutigen Presse, welche die am 19. November im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei gehaltenen Rede Stalins veröffentlicht, haben weitere Kreise erst erfahren, daß die höchste Instanz der Partei zur Beurteilung der Lage zusammengetreten ist. Stalins Rede enthält hinsichtlich der Verteilung seiner Politik nichts wesentlich Neues. Von Interesse ist aber seine Polemik gegen Frumkin, den stellvertretenden Finanzkommissar, und ehemaligen stellvertretenden Handelskommissar. Frumkin hat nämlich dem Zentralkomitee einen äußerst pessimistischen Bericht unterbreitet, in dem er u. a. darüber klagt, daß die Landwirtschaft in der Sowjetunion „degradiert“ werde. Besonders deutlich tritt sein Pessimismus in Ausführungen über die Stimmung im Dorf zutage, welches seiner Meinung nach mit Ausnahme eines kleinen Teils des Dorfproletariats gegen die KP gestimmt ist. Ferner weist Frumkin auf den Rückgang der Anbauflächen hin, und auch darauf, daß der Bruttoertrag der diesjährigen Ernte in Weizen zwar ein Plus, in Roggen dagegen ein um so größeres Minus aufweist. Gegen diese Darlegungen polemisiert Stalin: die ungünstigen Ernteresultate seien nicht durch eine falsche Politik heraufbeschworen, sondern durch Witterungsverhältnisse und Mähernte. Die Forderung Frumkins nach Unterstützung auch der wirtschaftlich stärkeren Bauernschichten weist er zurück und wendet sich dabei auch scharf gegen die Rechtsopposition, deren Sieg einer Liquidierung des Sowjetregimes gleichkäme. Die Industrialisierungspolitik verteidigte Stalin nach wie vor. Mit besonderem Nachdruck weist er alle Gerüchte über angebliche Meinungsverschiedenheiten im Volksbureau zurück.

Ueber die Rede Stalins wird weiter berichtet: Der industrielle Aufbau muß seiner Meinung nach auch im kommenden Jahr absolut und im Verhältnis zum Vorjahr beschleunigt werden. Entgegen der Haltung des Finanzkommissariats, das nur 650 Millionen neue Investitionen für tragbar erklärte, verlangt das Zentralkomitee 800 Millionen und an Aufwendungen für die Industrie überhaupt eine Gesamtsumme von 1650 Millionen, somit 330 Millionen mehr als im Vorjahr. Zur Getreidefrage lehnt Stalin in schärfster Form alle Stimmen ab, die eine entgegenkommendere Haltung gegenüber dem Bauernstand fordern, und verlangt weiterhin den schärfsten Druck gegen die Bauern als ein kapitalistisches Element und den beschleunigten Aufbau von kollektiven und staatlichen Gütern.

Von besonderer aktueller Wichtigkeit ist die Auseinandersetzung Stalins mit den Differenzen, die innerhalb der Partei bestehen. Stalin gibt ohne weiteres zu, daß man mit den Maßnahmen des vorigen Jahres zwar die trocknistischen Organisationen aufgelöst, aber keineswegs die trocknistische Ideologie in der Partei beseitigt habe, und daß die Ideen Trocknis auch heute noch von zahlreichen Elementen in der Partei vertreten werden, so daß die Partei weiterhin gegen den linken „Weg“ zu kämpfen habe. Den Kampf gegen die Rechtsablenkung bezeichnet Stalin als die wesentlichste Aufgabe des Augenblicks und er verzichte nicht, die zur Zeit außerordentlich starke Rechtsablenkung energisch durch den Hinweis auf das Schicksal der Trocknisten vor einer Heberpannung ihrer oppositionellen Haltung zu warnen. Stalin betonte wiederholt, man brauche im gegenwärtigen Stadium noch nicht an organisatorische Maßnahmen zu denken, die man ja auch gegenüber den Trocknisten erst angewandt habe, als sie eine fertig trocknistische Fraktion innerhalb der Partei zu bilden begannen. Im Augenblick sei die Rechtsopposition erst im Anfang einer solchen Kristallisation. Allerdings mußte Stalin sich, als er Strafmaßnahmen gegen die Rechtsablenker vorzuschlagen wollte, die Heftigkeit der Versammlung und Hinweis auf die tatsächlich durchgeführten Maßnahmen und Amtsentsetzungen in der Moskauer Parteioffiziellen gefallen lassen.

Die abgeblickte Staatsanwaltschaft

„Erosik und Spionage“ nicht beschlagnahmt

Das Amtsgericht Dresden, Abt. V, hat unter dem Vorsitz des Amtsrichters Dr. Weiland in der Strafsache wider die Inhaber des „Ligis-Verlags“ in Wien-Berlin am 29. Oktober dieses Jahres den folgenden Beschluss gefasst: „Der mit einem losen Umschlag vorgelegte Band des Werkes von Heinrich Wandt: „Erosik und Spionage in der Etappe Gent“ soll nach dem Antrag der Staatsanwaltschaft Dresden wegen des unzüchtigen losen Umschlages und wegen seines unzüchtigen Inhalts auf Seiten 73, 103, 104, 105, 130, 136, 181, 204 und 205 beschlagnahmt werden.“

Nach Ansicht des Gerichts ist nur die Abbildung auf dem losen Umschlag als unzüchtig zu beanstanden. Das daselbst abgebildete Mädchen liegt mit aufgedeckter Unterkleidung und so, daß man nach dem nackten Gesichtsteil zu sehen bzw. seine Lage ahnen kann, in den Armen einer mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse geschmückten Offiziersperson, die die Hand auf den linken nackten Oberarm des Mädchens legt und ihn in erschütternd wollüstig erscheinender Weise berührt.

Hierin ist eine im Sinne des § 184 des RStGBs unzüchtig erscheinende Abbildung zu erblicken.

Dagegen ist der übrige Inhalt des Werkes selbst in keiner Weise zu beanstanden. Das Werk Seite 73 ist eins von den vielen von Soldaten in Feld und Heimat gesungenen Liedern, das zwar erotischen Inhalt hat, aber keineswegs in einer Weise wiedergegeben wird, daß damit ein unzüchtiger Zweck verfolgt bliebe.

Die übrigen von der Staatsanwaltschaft beanstandeten Stellen geben in lediglich referierender und keineswegs als artistisch zu bezeichnender Weise die Zustände in der Etappe Gent an, wie sie sich in dem mühsigen Stappengehen der Etappenoffiziere und anderer Heeresangehöriger herausgebildet hatten und keineswegs zur Ehre des deutschen Namens gereichten. Die in dem Werk an diese Zustände geknüpften Kritik ist als durchaus berechtigt anzuerkennen und gefährdet in der Art ihrer Darstellung nicht das Schamgefühl des Normalmenschen und Normalfühlers.

Nicht so. Hoffentlich schreibt sich diese treffliche Begründung der Abschnehung nicht nur die abgeblickte Staatsanwaltschaft hinter die Ohren, sondern auch die Ortsgruppe Dresden des Nationalverbandes deutscher Offiziere, auf deren Betreiben die „objektivste Behörde der Welt“ in Aktion trat.

Um dem Leser zu zeigen, was der Staatsanwalt unter „unzüchtig“ verstand, geben wir, ohne eine besondere Ausnahme getroffen zu haben, den Inhalt der inkriminierten Seite Nr. 105 wieder. Dort heißt es:

„Dem Hofbaurat lag die Pflicht ob, dieses Goldgeld der Kassenverwaltung der Baubank abzugeben, die es an die Feldkriegskasse der Etappeninspektion weiterleitete.“

Aber er lieferte die Goldmünzen nur zum dritten Teil ab und schon an Stelle der zwei andern Drittel Papiergeld unter, das natürlich damals bereits viel weniger wert war.“

Damit der ordnungsgemäße Herr dieser unerschämten Veruntreuungen auch jederzeit einwandfrei überführt werden konnte, so hatte der Soldat, der das Goldgeld an ihn abgab, jedes eingegangene Goldstück genau aufgeschrieben und außerdem noch an einer bestimmten Stelle angezählt.“

Auf diese Weise vermochten er und seine Kameraden immer unzweifelhaft festzustellen, wieviel Goldgeld der gestrenge Herr Vorgesetzte unterrichtete.“

Wohl der ehrliche Madens kein Mensch traute, so ließ er nur in seiner Anwesenheit Brennholz verkaufen. War er auf Urlaub oder „Dienstreise“, so durfte feins veräußert noch Goldgeld angenommen werden.“

Das veruntreute Goldgeld brachte er auch selbst in Sicherheit. Er fuhr selbstwegens recht oft in Urlaub und auf „Dienstreisen“ nach Hause.“

In einem einzigen Jahre nicht weniger als neunmal — — — Kleinen Mädchen gegenüber, die sich seiner Gunst erfreuten und seinen gewissenhaften Leibeswallungen keinen Widerstand entgegensetzten, konnte er auch recht gefällig sein. Er verkaufte ihnen vornehmliche Goldstücke zum jeweiligen immer höheren Tageskurs, damit sie sich auch Brennholz leisten konnten.“

Auf diese Weise kam es, daß der Soldat, der über die Goldmünzen so genau Buch führte, manche Münze, die er schon mit einem Mißgelenken hatte, von Gensern immer wieder aufs neue eingezahlt bekam.“

Aber der Hofbaurat besah auch unter den männlichen Gensern gute Freunde. Sie erhellten auf seine Anweisung ganze Schiffsladungen voll Brennholz oder Goldgeld.“

Dafür mußten sie ihm aber neben dem Preis in Papiergeld junge Mädchen verkuppeln und Lebensmittel und seltene Briefmarken liefern, die er leidenschaftlich gern sammelte.“

Wegen derartiger Stellen sollte das Buch beschlagnahmt werden. Die andern als „unzüchtig“ bezeichneten Stellen sind nicht anderer Art. Gerade in den letzten Jahren haben sich trotz des Rüstschmusses und Schundgeschmucks auf dem Büchermarkt eine große Anzahl Neuerwerbungen geltend gemacht, die, wenn schon der Begriff der Unzüchtigkeit selten ist, weit hinausgehen über das Tatsachenmaterial, das Heinrich Wandt in seinem Buche schilderte. Zulezt geht es dem Staatsanwalt auch nicht um die Wiedergabe „unzüchtiger“ Entfallen, sondern um die Tatsachenschilderung aus der Etappe Gent, das geeignet ist, die heutigen Träger der Arbeiterbewegung entsprechend zu charakterisieren. Und zu diesem Zweck können die beiden Bücher Wandts immer noch mit größtem Erfolge verwendet werden.

Die reaktionäre Einheitsfront

Wahlvorbereitungen in Württemberg

Aus Stuttgart wird dem Soj. Presseamt geschrieben: Anfang Dezember finden in Württemberg die Gemeinwahlen statt. In den Wochen vor dem Wahltermin pflegt der während des letzten Jahres stagnierende Sumpf der bürgerlichen Parteienorganisationen in lebhafteste Bewegung zu geraten. Die verschiedensten Interessentenverbände bemühen sich um Berücksichtigung ihrer Wortführer bei der Aufstellung der Wahlvorschläge, wobei es ihnen nicht so sehr auf die Partei, ihren Namen und ihr Programm ankommt, als vielmehr auf die Tatsache der Kandidatenaufstellung überhaupt. Innerhalb der bürgerlichen Parteien wird, wenigstens trifft das bei diesen Gemeinderatswahlen zu, so gut wie gar nicht mehr von den politischen Grundfragen oder Forderungen geredet, die von den einzelnen Parteien vertreten werden. Es gibt für sie nur einen Grundsat, über den unter ihnen aber volle Übereinstimmung besteht, das ist die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie.

Die Angst vor dem Anwachsen der Sozialdemokratie nimmt infolge dessen auch bei den Wahlvorbereitungen manches Mal geradezu groteske Formen an. So hat z. B. die Partei des Herrn Baziile in Stuttgart ein Rundschreiben verfaßt, in dem um Beiträge zu den Wahlkosten mit einem Überbegriff an Worten gebittelt wird, daß keine Empfänger glauben müssen, die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung liege bereits in den letzten Hängen. Das ist ja nun leider nicht der Fall, denn selten hat sich der kapitalistische Machtwillie des Unternehmertums wohl so rücksichtslos geäußert wie gerade in dieser Zeit. Aber das deutschlandweite Rundschreiben muß trotzdem die Gefahren des „unseligen Wirtschaftsprogramms der Sozialdemokratie“ in den schwärzesten Farben. Es erklärt, daß die Deutschlandnationalen „in vorderer Linie“ im Kampf um die Erhaltung und den Schutz des Mittelstandes stehen und daher die Unterstützung der Deutschlandnationalen Volkspartei in diesem Wahlkampf nicht nur die Erfüllung einer patriotischen Pflicht, sondern eine unmittelbare wirtschaftliche Selbstverteidigung“ sei. Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr!

Gemeindevertreter-Konferenz

Die Sorge um das Wohl und Wehe ihrer Gemeinden vereinte am Sonnabend und Sonntag die sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Bürgermeister des Bezirks Leipzig zu einer Tagung im Volkshaus. Wie stark das Interesse an den gegenwärtigen Problemen der Kommune die Delegierten bewegte, bewies die außerordentlich starke Teilnahme und noch mehr die Sachlichkeit, die innere Anteilnahme und die Stoffbeherrschung, die Referate und Aussprache auszeichnete. Aus der Fülle der Anregungen kann leider nur das wichtigste berichtet werden.

Anwesend waren 52 Delegierte der Arbeitsgemeinschaft und 74 Gastdelegierte, insgesamt also 126 Teilnehmer.

Genosse Frenzel eröffnete die Tagung mit einem ehrenden Nachruf für den plötzlich verstorbenen Genossen Wilhelm Seyer. Wilhelm Seyer hat der Partei ein Menschenalter hindurch auf wichtigen Posten, z. B. als Vorsitzender der Pressekommission der Leipziger Volkszeitung, als sozialdemokratischer Stadtvorstand und seit einer ganzen Reihe von Jahren als sozialdemokratischer Stadtrat gedient. Die Versammlung erhob sich ihm zu Ehren von den Blasen. Genosse Frenzel begrüßte sodann die Erschienenen. Die Einberufung der Tagung sei notwendig geworden, um sich zu neuer gemeinsamer Arbeit zu rüsten.

Genosse Dipinski sprach Begrüßungsworte für den Bezirksvorstand. Er hob hervor, daß die Einrichtung des kommunalpolitischen Sekretariats musterartig für ganz Deutschland geworden sei. Er sei kein eigentlicher Kommunalpolitiker, aber es geschähe nichts in der sogenannten großen Politik, was nicht Resonanz finde in den Gemeinden. Die Finanz- und Wohnungsfragen sind es, die die Reichspolitik wie die Gemeindepolitik maßgebend beeinflussen. Redner machte Mitteilungen über die den Reichstag beschäftigenden Aufgaben und betonte, daß auf Grund der Forderungen der Sozialdemokratie im März ein Wohnungsbauprogramm des Reichstags beschlossen worden ist, um die Bautätigkeit aus der Sprunghaftigkeit zur Stetigkeit zu führen. Kürzlich seien Richtlinien mit den Ländern aufgestellt worden, in denen alle sozialdemokratischen Forderungen und Anregungen zur Aufnahme gelangten. Grundätzlich sei man sich klar, daß die Wohnungszwangswirtschaft solange aufrechterhalten werden müsse, bis der Bedarf an Wohnungen gedeckt sei und ein freier Austausch möglich werde.

Genosse Kleinher überbringt Grüße der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Leipzig und führte aus: Die Probleme der kleinen Gemeinden sind oft anders als die der großen. Der Unterschied besteht aber nur in der Größe und Vielheit der Aufgaben, nicht im Wesen der Sache. In den großen und kleinen Gemeinden wird fleißig gearbeitet. Der praktische Sinn unserer Parteigenossen bewährt sich. Die Arbeit in den kleinen Gemeinden ist oft leichter als in den großen, nicht zuletzt deshalb, weil man in den kleinen Gemeinden den Dingen selbst näher steht als in der Großstadt, wo auch der politische Gleichklang zwischen Rat und Stadtverordneten oftmals fehlt.

Sobald nimmt Genosse Frenzel (Leipzig) das Wort zu seinem Referat über

Kommunale Gasfernversorgung

Die Frage der Gasfernversorgung drängt jetzt und in nächster Zeit zu einer einheitlichen Stellungnahme der Gemeinden. Die Versorgung mit Gas als Roh- und Heizmittel ist heute für den Arbeiterhaushalt von größter Bedeutung. Fast 90 Prozent aller Gaswerke in Deutschland befinden sich im Eigentum der Gemeinden. 87 Prozent der Gaszeugung entfallen auf die kommunalen Werke. Vor einigen Monaten tauchten die Pläne der A. G. für Kohleversorgung (Ruhrgas-A. G.) auf. Die Ruhrgas-A. G. beabsichtigte die Gasversorgung Deutschlands vom Ruhrgebiet aus mit sogenanntem Zechengas, das angeblich billiger sein soll. Dagegen haben sich führende Kommunalpolitiker, auch bürgerliche, sowie hervorragende Gasfachleute gemeldet. Die Ruhrgas-A. G. erstrebt die Konzentrierung, was um gefährlicher ist, da das Gas Monoprodukt wird. Die Ruhrpläne haben auch die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker beschäftigt. Die Magdeburger Tagung des kommunalpolitischen Beirats der Sozialdemokratischen Partei verpflichtete die sozialdemokratischen Gemeindevertreter zur Gasversorgung auf kommunaler Grundlage. In Mitteldeutschland hat die Gasfernversorgung zu Zusammenschlüssen und Vertreten geführt, an denen auch Leipzig beteiligt ist.

In Sachsen sind die Gaswerke vorwiegend im Besitz der Gemeinden. Der privatkapitalistische Einfluß ist gering. Die Statistik ergibt, daß die drei Großstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz zwei Drittel des Gasbedarfs decken. Von den fünf Millionen Einwohnern Sachsens sind immer noch zwei Millionen nicht im Genuße des Gasbezugs. Diese Tatsache erfordert Planmäßigkeit der Versorgung. Schon im Jahre 1911 sind durch ministerielle Verordnung die Gemeinden aufgefordert worden, sich zur Gasversorgung und Gasverteilung zusammenzuschließen. Nach dem Kriege hat die Landesstelle für Gemeinwirtschaft einen Musterplan und Richtlinien für die Gasfernversorgung Sachsens aufgestellt. Der Wirtschaftsverband sächsischer Gemeinden wehrte sich dagegen, da der Staat bei der Gasfernversorgung entscheidenden Einfluß verlangte. Der Wirtschaftsverband setzte einen Ausschuss ein, zu dem je zwei Vertreter des Ministeriums und der sächsischen Werke A. G. zugezogen wurden. Die sächsischen Werke A. G. gaben das Versprechen ab, nichts hinter dem Rücken der Kommission zu unternehmen. Trotzdem hat die A. G. sächsische Werke mit der Enag verhandelt. Im Mai 1928 ist schließlich die Landesgasversorgung Sachsen A. G. mit fünf Millionen Mark Kapital gegründet worden, ohne daß der Wirtschaftsverband sächsischer Gemeinden Kenntnis davon hatte. Es besteht die Vermutung, daß die Thüringia die Verhandlungen gefördert hat, um die Gasfernversorgung auf kommunaler Grundlage zu hintertreiben. Von der Elektra ist bereits versucht worden, mit einzelnen Gemeinden wegen Gasbezugs von der Landesgasversorgung A. G. Sachsen zu verhandeln. Durch Einzelverhandlungen sollen die Bestrebungen des Wirtschaftsverbandes sächsischer Gemeinden gehindert werden. Die Gemeinden müssen unter Führung des Wirtschaftsverbandes eine Einheit bilden und jede Einzelverhandlung ablehnen.

Die Aussprache

Bürgermeister Genosse Woot (Muzen) beleuchtet die finanzielle Bedeutung der Gaswerke für die Gemeinden. Wenn die drei Großstädte Sachsens die Gaslieferung für Sachsen im wesentlichen durchführen, so würden sie großen Nutzen davon haben. Aber die kleinen und mittleren Gemeinden setzen heute auf die Ueberträge der kommunalen Werke angewiesen. Es sei deshalb eine Kernfrage: Wie können sich die Gemeinden an den Erträgen der Gasfernversorgung beteiligen? Beim Abschluß von Verträgen mit Privatunternehmungen sei größte Vorsicht geboten. Welsch zeigte sich, daß sich die Beiträge erst später zum Nachteil der Gemeinden auswirken. Genosse Woot warnt vor Beteiligung an gemischtwirtschaftlichen Betrieben, da die Gesellschaften durch ihre sachlichen und kaufmännischen Erfahrungen in der Regel bei Verhandlungen den Gemeinden überlegen sind.

Bürgermeister Genosse Dryhall (Geringswalde) bezeugt die gemeinsame Vererbung durch gemeinsamen Betrieb zu einheitlichem billigen Tarife als das Endziel, das von der Sozialdemokratie erstrebt werden müsse. Die Tagung sächsischer Bürgermeister in Bauen habe eine Stellung zur Gasfernversorgung Sachsens eingenommen, die sich in wesentlichen mit den sozialdemokratischen Forderungen deckte. Auch sie verlangte im Interesse der Verbraucher die Erhaltung und den Ausbau des kommunalen Besitzes. Die Städte können die großen Aufgaben in der Energieversorgung nur erfüllen durch Rationalisierung, sowie durch Verbände- und Gesellschaftsbildung. Das Zusammengehen mit dem

Staat sei nur unter bestimmten Bedingungen möglich. Volkswirtschaftlich sei es untragbar, weitere Mittel in unrentable Werke zu stecken. Das Ideal müsse sein, die Tarife so vorteilhaft wie nur irgend möglich zu gestalten. Freilich lasse die Zwangslage der Gegenwart den Gemeinden keine andere Wahl, als auch mit Ueberträgen ihrer Werke für den allgemeinen Finanzbedarf zu rechnen.

Genosse Hübel (Burgstädt) berichtet über seine Erfahrungen als Gemeindevertreter in Burgstädt. Die sozialdemokratische Minorität habe durch Herbeiziehung eines Sachverständigengutachtens, das die Wirtschaftlichkeit des Burgstädt Werkes bejahte, gegen den bürgerlichen Widerstand die Entkommunalisierung des Gaswerkes verhindert. Durch Modernisierung sei es nach den örtlichen Verhältnissen möglich, auf die kleinen Gaswerke weiter rentabel zu machen.

Das Schlusswort

Genosse Frenzel stellt im Schlusswort im wesentlichen Ueber einstimmung der Aussprache mit den Grundgedanken seines Referats fest. Bei Beratung der kommunalpolitischen Richtlinien sei grundsätzlich der Standpunkt vertreten worden, die Uebertragungs wirtschaft der Technischen Werke zum Ausgange des Haushalts abzulehnen. Trotzdem habe man eine Formulierung finden müssen, die es bei der finanziellen Notlage der Gegenwart zuläßt, Ueberträge zu verwenden.

Hierauf wird von den Delegierten einstimmig die nachfolgende Entschließung angenommen:

Die am 24. und 25. November 1928 im Volkshaus zu Leipzig verammelten sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Bezirks Leipzig bekennen sich zur kommunalen Gasversorgung und Gasverteilung. Sie fordern die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Stadt und Land auf, bei den Verteilungen, gemeindeeigene Werke zu entkommunalisieren oder den Einfluß der Gemeinden auf Gaszeugung und Gasverteilung zurückzudrängen, den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen. Gemeindeeigene Gaswerke sind billiger, wenn ihre Einrichtungen veraltet sind, unrationell gewirtschaftet wird und der Gasbezug aus anderen Werken billiger und wirtschaftlicher ist.

In der Gasfernversorgung sind alle privatmonopolistischen Pläne zurückzuweisen, die Gasversorgung durch private Gesellschaften abzulehnen und durch wirtschaftlichen Zusammenschluß der Gemeinden die Gasfernversorgung auf kommunaler Grundlage zu fördern. Die Bemühungen des Wirtschaftsverbandes sächsischer Gemeinden, die kommunale Gasfernversorgung Sachsens durch Zusammenschluß der Gemeinden zu erreichen, sind in jeder Weise zu unterstützen. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter müssen verhindern, daß die Gemeinden einzeln mit der Landesgasversorgung Sachsen A. G. über die Belieferung mit Gas verhandeln.

Um das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden zu sichern und ihren überwiegenden Einfluß in der Landesgasversorgung Sachsens zu erreichen, sowie die Gemeinden vor unglücklichen Vertragsabschlüssen mit der Gesellschaft zu schützen, ist mit dieser jeder Einzelabschluß von den Gemeinden abzulehnen und ein einheitliches Vorgehen unter Führung des Wirtschaftsverbandes sächsischer Gemeinden erforderlich.

Die Konferenz erwartet von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern, daß sie im Sinne der Entschließung wirken.

Das zweite Referat, Wohnungsbauprobleme, erstattet Bürgermeister Genosse Woot (Muzen). Darüber werden wir morgen berichten.

Am Sonntagmittag wurden die Beratungen der Konferenz beendet. Im Laufe des Nachmittags nahmen die Teilnehmer eine Reihe von Besichtigungen vor, so die des Gaswerkes Süd in Connewitz, der gemeinsamen städtischen Waschlüge in Jüchower und der des Bauvereins zur Beschaffung preiswerter Wohnungen. Auch eine Reihe von Wohnungsgebäuden wurde kurz besichtigt. Den Schluß bildete eine Besichtigung des Umformerwerkes unter dem Koppitz.

Es war ein arbeitsreicher Tag, der die Delegierten hier vereinte, aber sicher auch ein Tag, der große Eindrücke bei allen Teilnehmern hinterließ und sicher manche Anregung in die fernere Tätigkeit unserer Vertreter in den Gemeinden hineinträgt.

Woldemaras auch noch Kriegsminister

DE Rowne, 24. November.

Die Frage der Nachfolgerschaft des kürzlich zurückgetretenen Kriegsministers General Daulantas ist nunmehr entschieden. Der Ministerpräsident Woldemaras hat sich nunmehr entschlossen, auch dieses Ministerium selbst zu leiten. Anfänglich verlautetete, daß wiederum ein Militär, und zwar der Oberst Birmontas als Kriegsministerium übernehmen sollte, doch hat Woldemaras anders entschieden.

Die Parteispaltung in Polen

WLB Warschau, 22. November.

Die Krise in der polnischen sozialdemokratischen Partei ist noch nicht überwunden. Nachdem in den letzten Tagen zwei Sejm-abgeordnete aus der Sozialdemokratie ausgetreten sind, hat sich ein weiterer sozialdemokratischer Abgeordneter den Wilsudist-Sozialisten angeschlossen. Hierdurch ist der Klub der Wilsudist-Sozialisten auf neun Abgeordnete angewachsen.

Belgisch-chinesischer Vertrag

LU Brüssel, 24. November.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist am gestrigen Donnerstag in Nanjing ein vorläufiger belgisch-chinesischer Vertrag auf der Grundlage der Zollautonomie abgeschlossen worden. Die beiden Vertragspartner haben sich damit über die Zoll- und die damit zusammenhängenden Fragen geeinigt. Der Vertrag enthält ferner den grundsätzlichen Vorzicht Belgiens auf die Territorialitätsrechte. Die neuen Abmachungen sollen aber erst dann Gültigkeit erlangen, wenn sich auch die anderen Mächte mit China geeinigt haben. Der belgisch-chinesische Vertrag sieht außerdem die Eröffnung von Verhandlungen über einen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung vor.

Aus Wien wird gemeldet: Der Spionageprozeß gegen die drei früheren Offiziere Reindl, Hanika und Müller endete mit der Verurteilung wegen Betrugs, Auspöschung und Diebstahls. Der frühere Oberleutnant Reindl wurde zu 18 Monaten, Oberleutnant Hanika zu 8 Monaten schweren Kerkers und der frühere Leutnant Müller zu 6 Monaten einfachen Kerkers verurteilt.

Verantwortlich für den reaktionären Teil: Kurt Günther in Leipzig. Verantwortlich für den internationalen Teil: Hugo Schönd in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchverlag Mitteldeutsche Buchverlag.

Wunde Füße ermüden und schmerzen. Sieck-Puder wirkt wohltuend und hilft schnell. Postversand. Allein echt: Kölna-Nalomo-Apothek Grimaldische Straße 17

Der heutigen Nummer liegt der Kinderfreund bei.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Landbundesheger vor Gericht

Ein Gegenstück zu den Rittererträgen

1. In Schwelbitz begann am Sonnabend der umfangreiche Strafprozess wegen der tumultuarischen Vorgänge, die sich im Frühjahr d. J. in Langenöls abspielten.

Wegen dieser Ausschreitung hat sich nunmehr der Vorsitzende des Reichslandbundes von Rimpfisch, Rittmeister von Schimpff auf Wonnwitz, vor dem Großen Schöffengericht in Schwelbitz wegen Aufforderung zum Steuerstreik und Aufreizung gegen die Staatsgewalt zu verantworten.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen gegen den Rittergutsbesitzer von Schimpff bekundeten alle Zeugen, daß seinerzeit zu einem Steuerstreik von keiner Stelle aufgefordert worden sei.

Reichsbahn

gegen Schwerkriegsbeschädigte

Wie uns vom Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegserhinterbliebenen mitgeteilt wird, hat die ständige Tarifkommission der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft den gemeinsamen Antrag der Kriegsoffer-Organisationen „anlässlich der Einführung des Zweiklassenverkehrs bei der Reichsbahn die Fahrpreisermäßigung für Schwerkriegsbeschädigte in Gestalt des Benutzungsrechtes der Militärfahrkarte wie gegenüber den Reichsmehrtrahngeschädigten bestehen zu lassen oder diesen die Benutzung der Volkserklasse zuzugestehen“ abgelehnt.

Der Skandal bei der Feuerversicherung

SPD Berlin, 25. November.

Der von dem Preussischen Minister des Innern aufgedeckte Skandal bei dem Verband öffentlicher Feuerversicherungs-Anstalten hat sich als eine außergewöhnlich große Korruptionsaffäre herausgestellt.

Das Preussische Innenministerium hat inzwischen mit Hilfe der Kriminalpolizei zahlreiche Schriftstücke und Korrespondenzen, die in den Geschäftsräumen des Verbandes nicht zu finden waren, beschlagnahmten lassen.

Ein schweres Verbrechen wurde am Sonnabendabend auf der Strecke Wildau-Berlin-Görlitzer Bahnhof verübt. Der 45jährige Schmied Gustav Jürdens aus der Kreuzbergstraße 44 in Berlin wurde von unbekannten Tätern aus dem fahrenden Zuge geworfen.

Sturmflut auf der Insel Sylt

Gewaltiger Schaden

SPD Hamburg, 25. November.

Die Insel Sylt ist in den letzten Tagen von einem heftigen Sturm heimgesucht worden. Die Dörfer Worsum und Arhum sind durch die Fluten völlig von der Insel abgetrennt worden.

SPD Berlin, 26. November (Radio).

Die Sturmflut auf der Insel Sylt hat dort ungeheuren Schaden angerichtet. Wie bereits kurz berichtet, wurde durch einen einhundert Meter breiten Flußstrom die Halbinsel Ellenbogen von der Mutterinsel Sylt abgetrennt.

Der Hürumer Bahndamm weist fünf Bruchstellen auf, durch die gewaltige Wassermengen sich über die Wiesen ergossen und den südlichen Teil der Stadt Westerland unter Wasser setzten, aus dem die Häuser wie Inseln herausragen.

SPD Berlin, 26. November (Radio).

Nach einer Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion Altona ist infolge des Bruchs der durchgehende Zugverkehr auf der Nebenbahnlinie Husum-Rendsburg zwischen den Bahnhöfen Erde und Christiansholm unterbrochen und muß einseitig über Lübeck geleitet werden.

Gesunkene Schiffe

II Berlin, 26. November.

Wie der Montag aus London meldet, ist nach einer Radio-Meldung, die in Plymouth aufgefangen wurde, das deutsche Schulschiff Pommer 25 Seemeilen westlich von Guernsey gesunken und befindet sich in sinkendem Zustande.

Die Pommer, ein Segelschiff mit drei Masten, gehört dem oldenburgischen Schulschiffverein und ist in Finkenwärder stationiert. Die Besatzung rekrutiert sich aus Offiziersanwärtern für die deutsche Handelsmarine.

II London, 26. November.

Die 84 Mann starke Besatzung des deutschen Schulschiffes Pommer ist durch drei britische Dampfer aufgekommen worden. Ein Rettungsboot des Dampfers Lancastria konnte wegen der schweren See die Pommer nicht erreichen und mußte zurückkehren.

Sturm über England

SPD London, 26. November. (Radio.)

Zum dritten Male innerhalb Monatsfrist hat ein furchtbarer Sturm Großbritannien im Laufe der Nacht zum Sonntag und während des Sonntags heimgesucht und eine Reihe von Menschenleben gefordert. Ungeheurer Sachschaden ist angerichtet worden.

SPD Paris, 26. November. (Radio.)

Ein Sturm von furchtbarer Heftigkeit wütet seit Sonnabend an der französischen Küste. Die Verbindung nach England und während des Kanalstiles ist vollkommen unterbrochen.

WB Paris, 26. November.

Der Sturm hat gestern Abend und in der Nacht in Paris weiteren Schaden angerichtet. Auf einem Tennisplatz stürzte eine im Bau begriffene gedeckelte Halle ein, wobei vier Arbeiter verletzt wurden, darunter einer schwer.

Das Boot wurde unmittelbar, nachdem die Besatzung wieder an Bord des Schiffes gelangt war, zerkleinert. Durch Auspumpen von Del auf das Wasser gelang es endlich, an die Pommer heranzukommen und unter großen Anstrengungen die Besatzung aufzunehmen.

II Paris, 26. November.

An der nordafrikanischen Küste ist das französische Schiff Le Cesare, das sich auf dem Wege nach der Stadt Agier befand, in einer Entfernung von 10 Meilen von der Küste gesunken.

Typhus in Frankreich

SPD Paris, 26. November (Radio).

In der Gegend von Lyon ist eine schwere Typhusepidemie ausgebrochen, die etwa 200 Krankheitsfälle hervorgerufen hat. Der Krankheitsverlauf ist im allgemeinen sehr leicht.

Erdbeben in Korinth. Korinth ist von einem neuen dritten Erdbeben heimgesucht worden. 50 neu aufgebaute Häuser sind eingestürzt. Die Bevölkerung ist von einer Panik ergriffen worden und flüchtet zum großen Teil aus der Stadt.

ZUR AUFKLÄRUNG

Häufig schon wurde unsere Kundenwerbung in Wort und Bild nachgeahmt. Es blieb aber in solchen Fällen immer erkennbar, dass es sich nicht um ein Angebot unserer Firma handelte.

Wir geben hiermit bekannt, dass wir nur folgende vier Zigaretten-Marken fabrizieren:



GÜLDENRING 10 Pfg. LÖWENBRÜCK 8 Pfg. RAVENKLAU 6 Pfg. OVERSTOLZ 5 Pfg. und dass wir keine neue Zigarette in den Verkehr gebracht haben.

Wer sich vor Verwechslungen schützen will, möge auf die Wiedergabe jener Kennzeichen ganz besonders achten.

KÖLN · HAMBURG ·

Haus Neuerburg

· DRESDEN · TRIER

· O · H · G ·

Das neue Urteil von Duisburg

Die Unternehmer unterlegen

Das erste Urteil aufgehoben — Das Reichsarbeitsgericht entscheidet endgültig

Das Duisburger Landesarbeitsgericht verurteilte am Sonnabendabend in der Berufungsverhandlung der Arbeitnehmerorganisationen gegen die Arbeitgebergruppe Nordwest folgendes Urteil:

„Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil vom 12. November dahin abgeändert: Die Klage wird abgewiesen und der Kläger verurteilt, die Kosten zu tragen. Der Wert des Objektes wird auf eine Million Mark geschätzt.“

Die Begründung des Urteils hat nach der TL folgenden Wortlaut:

„Das Gericht ist zu folgender Auffassung gekommen:

1. Das Gericht war der Auffassung, daß Paragraph 21 Absatz 5 der Ausführungsbestimmungen zur Schlichtungsverordnung im Rahmen des Paragraphen 5 Absatz 4 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 bewirkt, durch dessen Bestimmung erst, abweichend von der bisherigen Regelung des Schlichtungswesens, der Kammer aufzugeben war, einen Schiedsspruch zu fällen, falls keine Einigung unter den Parteien zustandekommen sollte. Der Staat wollte einen unparteiischen Vorstehen bestellen. Das ist ein vom Staat gewollter Akt, um nicht nur einen Einfluß auf die Lohnpolitik zu bekommen, sondern auch im Interesse des Staates selbst. Ist das richtig, mußte die Schlichtungskammer zu einem Spruch kommen. Der vorgezeichnete Begriff der kollektiven Entscheidung sieht nur im Gegensatz zu bureaukratischer Ordnung, wo ein Beamter allein eine Entscheidung fällen könnte. Kollegial bedeutet in diesem Sinne, daß nach außen ein Kollegium entscheidet, nach innen aber die Bindung besteht. Deshalb konnte die Klage keinen Erfolg haben. Es ist auch weiter zu beachten, daß ein Spruch, der vom Vorstehen verkündet wurde, von ihm als Organ der Kammer verkündet wurde. Darum ist der Schiedsspruch in der Welt. Diese Tatsache kann es auch nicht aus der Welt schaffen, wenn der Schiedsspruch nicht schriftlich verkündet sein sollte. Auf keinen Fall kann die Frage der Willensbildung nach innen vom Gericht geprüft werden. Deshalb ist auch der Akt in der Welt und zu stehen.

2. Das Gericht hat sich der Meinung des Kommentatoren Derich angeschlossen. Die Tatsache, daß ein Tarifvertrag nach Beendigung der Verhandlungen eingeleitet werden. In Einzel-fällen einen Schiedsspruch nicht fällen zu können, würde eine Ohnmacht des Staates darstellen. Das Gesamtinteresse des Staates erfordert es, ein Verfahren einzuleiten mit dem Ziel des Abschlusses eines anderen Tarifvertrages. Gerade die tarifliche Schlichtung erfordert die Pflicht, Tarife abzuschließen, nötigenfalls im Wege des Schiedsspruches. Das Gericht verkennt nicht, daß die Auffassung des Reichsarbeitsgerichtes eine andere ist. Ebenso wird in der Literatur eine andere Auffassung vertreten. Aber das Gericht läßt sich in diesem Fall auf die Auslegung des Kommentatoren Derich.

Die Frage, ob der Schiedsspruch einen Einbruch in einen bestehenden Tarifvertrag darstellt, ist nicht zu erörtern. Das Gericht hat sich aber dennoch mit der Frage befaßt, um nicht eine Zurückweisung in die erste Instanz herbeizuführen. Das Gericht hat auch noch geprüft, ob ein Einbruch in einen bestehenden Rahmentarif vorliegt. Bezüglich des Aktores liegt ein Einbruch vor, weil Art. 9 des Rahmentarifs normative Bestimmungen enthält. Das Gericht kam auf Grund dieser Erwägungen zu dem bereits mitgeteilten Urteil.“

Eine Erklärung der Unternehmer

WIB Düsseldorf, 24. November.

Arbeit Nordwest teilt mit:

Das Landesarbeitsgericht zu Duisburg hat festgestellt, daß ein tatsächlicher Einbruch in den Rahmentarif durch beide Bestimmungen des Lohnschiedsspruches erfolgt ist. Es hat aber die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichtes nicht anerkannt. Es hat vielmehr unter Ablehnung des vom Reichsarbeitsgericht aufgestellten Rechtsgrund-satzes auch ein Schlichtungsverfahren für zulässig gehalten über Fragen, die noch in einem bestehenden Tarifvertrage geregelt sind. In der mündlichen Begründung hat das Landesarbeitsgericht in Konsequenz dieser Rechtsansicht gefolgert, daß ein Schlichtungs-verfahren auch nach einem für verbindlich erklärten Schiedsspruch erneut von Amts wegen aufgenommen werden könne, wenn Streit über den Inhalt des durch verbindlich erklärten Schiedsspruch zustandekommenen Tarifvertrages besteht. Diese der herrschenden Ansicht in Literatur und Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichtes widersprechende Rechtsansicht, die der Richter ausdrücklich bei der mündlichen Begründung betonte, mußte daher zur Abweisung der Klage führen. Der Arbeitgeberverband wird selbstverständlich sofort Revision beim Reichsarbeitsgericht einlegen, um so mehr als auch das Berufungsgericht den Einbruch in den noch bestehenden Rahmentarif durch den Lohnschiedsspruch ausdrücklich festgestellt hat und damit die Rechtsauffassung der Unter-nehmer in dem entscheidenden Punkte bekräftigte.

Im Übrigen bleibt festzustellen, daß sich sowohl nach der rechtlichen wie nach der wirtschaftlichen Seite nichts geändert hat.

Ausdehnung des Metallkampfes

Tarifkündigung für Hannover

EWV Der Verband der hannoverschen Metallindustriellen hat mit einer Begründung, die fast genau so lautet wie die für den mitteldeutschen Metall-Bericht, das Lohnabkommen vom 15. Mai 1928 zum 31. Dezember gekündigt. Der Verband erklärt, er habe von der Forderung auf Herabsetzung der Löhne zunächst abgesehen, obwohl eine solche eigentlich geboten wäre. Er hätte es für ausschlaggebend, daß das neue Abkommen eine möglichst langfristige Pausdauer habe. Sollte die Gewerkschaft für diese Forderung kein Verständnis haben, dann behielten sich die Metallindustriellen für die bevorstehenden Tarifverhandlungen ausdrücklich alles Weitere vor.

Auch diese Kündigung ist sicherlich auf Beschlüsse des Gesamtverbandes der Metallindustriellen zurückzuführen. In allen Ecken und Enden rüstet der Gesamtverband. Er will zu einem großen Schlag gegen die Metallarbeiter ausheulen. Er glaubt, jetzt während der ungünstigen Konjunktur den Deutschen Metallarbeiterverband zerfallen zu können. Die Metallarbeiter werden einen dicken Strich durch diese Rechnung machen.

„Abänderungsvorschläge“ für Arnberg

WIB Hagen, 25. November.

Der Verband der Fabrikantenvereine des Arnberger Bezirkes bezirks der Metallindustrie, der Hiesigen, Lüdenscheid, Altena, Olpe, Gummersbach, Wipperfurth, Anna Schwerte, Brederfeld, Fröndenberg, Wiede und Langschede umfaßt, hat den Gewerkschaften neue Vorschläge für eine vom 1. Januar 1929 ab gültige Abänderung des Manteltarifs überreicht. Die Abänderungsvorschläge betreffen im wesentlichen die Arbeitszeit und Ueberstundenregelung sowie die Bestimmungen über die Akkordlöhne.

Schiedsspruch für Hagen-Schwelm

EWV Hagen, 25. November.

Am Sonnabend ist im Lohnstreit der Metallindustrie Hagen-Schwelm folgender Schiedsspruch gefällt worden: „Das zum 30. November 1928 gekündigte Lohnabkommen wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 wieder in Kraft gesetzt. Als 1. April 1929 erhöht sich der Spitzenlohn dieses Abkommens auf 88 Pfennig. Vom gleichen Zeitpunkt ab ändern sich sämtliche Sätze des Lohnschemas entsprechend dem bisher angewandten Schlüssel. Ergeben sich bei der Berechnung der neuen Lohnsätze Bruchteile eines Pfennigs, so werden diese bis 0,40 Pfennig nach unten und bei 0,5 Pfennig und darüber hinaus nach oben abgerundet. Diese Neuregelung läuft un kündbar bis 31. März 1930, und kann von da ab mit zweimonatiger Frist erstmalig zum 31. Mai 1930 gekündigt werden.“

Wie wir erfahren, werden die Metallarbeiterverbände den Schiedsspruch annehmen und Verbindlichkeitsklärung beantragen. Die Arbeitgeber dürften den Schiedsspruch ablehnen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit

Die neue Veröffentlichung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften läßt erneut eine Zunahme erkennen. Während Ende September 6,8 Prozent der erfassten ADGB-Mitglieder voll arbeitslos waren, stieg dieser Prozentsatz Ende Oktober auf 7,3 Prozent. In derselben Zeit blieb der prozentuale Anteil der kurzarbeitenden Mitglieder (6,3 Prozent) gleich. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vorjahr ist sehr erheblich. Vor einem Jahre waren Ende Oktober nur 4,6 Prozent der erfassten Freigewerkschaftler voll arbeitslos (jetzt 7,3 Prozent) und nur 2 Prozent (jetzt 6,3 Prozent) Kurzarbeiter.



Der Ruhrindustrielle: „Verdammte Schlampe! Da steht noch immer ein Plakat aus der Inflationszeit.“

Das Autounglück in der Eisenbahnstraße

Das Sperrzeichen und die Beleuchtung

Gutachten der Sachverständigen

ra. Am Sonnabend wurden in der Verhandlung gegen den Kraftwagenführer Fiedler, nahezu 20 Zeugen vernommen. Die meisten Zeugen bestätigten, daß die Lampe an dem Sperrschild nicht gebrannt habe. Ein Polizeibeamter, der 2 Stunden vor dem Unglück an dem Schild vorbeikam, hatte dieses Schild, da es etwas verdeckt gestanden habe, richtig hingestellt und die verlässliche Lampe erst wieder angebrannt. Auf die Frage des Vorstehenden, ob er die Beleuchtung des Sperrschildes für genügend erachtet habe, erklärt der Beamte, daß er darüber kein Urteil bilden möchte.

Er bestätigt aber, daß die Beleuchtung der Eisenbahnstraße für eine verkehrsreiche Straße sehr ungenügend ist.

Desgleichen bestätigt er, daß die Beleuchtung an der Kreuzung seit dem Unglückstage besser geworden ist.

Ein Zeuge, der kurz nach dem Unglück mit seinem Auto an der Kreuzung vorbeikam, hat das Sperrzeichen selbst nicht gesehen, obwohl er äußerst langsam gefahren kam, da viele Leute auf der Straße standen. Als er plötzlich auf kurze Entfernung das Schild gesehen hat, hat er selbst einen großen Schrecken bekommen. Wie er von dem Unglück gehört hat, war sein erster Gedanke, daß ihm das selbst hätte passieren können. Das Zeichen habe außerordentlich ungenügend gestanden, deswegen sei es nur ein Glücksstand, daß es ihm selbst nicht passiert ist.

Auch viele andere Zeugen erklären übereinstimmend, daß der Kraftwagenführer nichts dafür gekannt habe. Die größte Schuld trage die Stadt. Die Kinobeleuchtung habe mehr verdeckt, als daß sie die Straße erhellte habe. Die Lampe habe vor dem Unglück des öfteren nicht gebrannt. Mehrere Autos sind nach dem Unglück an dem Sperrzeichen, obwohl da die Lampe gebrannt hat, vorbeigefahren, ohne es zu bemerken.

Als erster der vier geladenen

Sachverständigen

gibt Direktor Kallmann sein Gutachten ab. Er meint, die Höchstgeschwindigkeit sei innerhalb des Stadtbezirkes 40 Kilometer. Schneller sei der Angeklagte, wie aus den Zeugenaussagen hervor-gehe, auch nicht gefahren. Daß Fiedler nicht schneller gefahren ist, gehe schon daraus hervor, daß, wenn ein Wagen bei 80 Kilometer Geschwindigkeit plötzlich gebremst wird, nur ein hätte geschehen können: der Wagen wäre umgekippt, aber niemals ins Schleudern geraten oder gar nach links abgelenkt.

Die Straßenbeleuchtung in der Eisenbahnstraße sei ungenügend. Daß der Angeklagte das unbeleuchtete Sperrzeichen nicht gesehen habe, könne man ihm unbedingt glauben.

Aber selbst wenn das Zeichen mit einer Sturmlaterne beleuchtet gewesen sei, wäre es möglich gewesen, daß man aus einem Auto heraus ein derartiges Sperrzeichen nicht sehen konnte. Fiedler hat gesagt, er habe gebremst, als das nicht beleuchtete Sperr-

Achtung, Rauchwarenzurichter

Von der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Föderation erhalten wir Mitteilung, daß in letzter Zeit mehrere Kollegen als Zurichter bei der Firma Hei Jagershuis, Inhaber Nieuwenhuis, Haarlem (Holland), gearbeitet haben.

Mit dieser Firma hat die holländische Organisation öfter Schwierigkeiten, da dieselbe ihre tariflichen Verpflichtungen nicht einhält. Die bei dieser Firma in Arbeit gestandenen Zurichter-Kollegen mußten das Arbeitsverhältnis infolge Arbeitsmangels und fortgesetzter Differenzen aufgeben. Durch diese Zustände gerieten die Kollegen in eine unerquickliche Lage und mit ihren Verpflichtungen der Organisation gegenüber in Verzug.

Dieses Verhalten trägt natürlich nicht zum Ansehen der deutschen Organisation im Ausland bei. Wir warnen daher alle Kollegen vor Arbeitsangeboten aus dem Ausland! Arbeitsangebote von dieser Firma sind solange abzulehnen, bis uns seitens der holländischen Organisation Mitteilung wird, daß die bestehenden Schwierigkeiten mit ihr behoben sind.

Kollegen, erkundigt euch bei eurer Organisation, dem

Deutschen Bekleidungsarbeiterverband,

Bezirksfiliale Leipzig,
Rauchwarenzurichterbranche.

Der Deutsche Musikerverband hat die Musikersperre über die preußischen Staatsopernbetriebe verhängt. Der Verband hat nur sehr ungern zu diesem Mittel gegriffen; denn er hat selbst das größte Interesse an einem möglichst reibungslosen Verlauf des künstlerischen Musikbetriebes. Er hofft, durch die Sperre eine baldige Beseitigung des Besetzungstreites zu erreichen.

In der badischen Zigarettenindustrie wurden die Zeilöhne ab laufender Lohnwoche um 5 Prozent erhöht. Der glatte Verlust der Verhandlung ist darauf zurückzuführen, daß in Baden 60 Prozent der Tabakarbeitskraft freigewerkschaftlich organisiert sind.

zeichen plötzlich vor ihm aufgefaßt sei, jedoch hätten wahrscheinlich seine Bremsen nicht funktioniert. Die Bremsen haben, seiner Meinung nach, gut funktioniert. Vielmehr sei dadurch, daß die Bremsen plötzlich stark angezogen wurden, der Wagen weitergerollt. Dadurch sei Fiedler in die gefährlichen Schienenschulden geraten. In dem Bestreben, aus den Mulden zu kommen, habe er die Steuer nach links gedreht. Dadurch stellten sich, durch den Widerstand an den Mulden, die Räder quer. Der Wagen sei nach links herausgesprungen, habe den Baum umgerissen und ist auf den Fußweg geraten. Durch den Anprall an den Baum sei Fiedler wahrscheinlich von der Fußbremse gekommen. Das weitere sei dann nur noch Augenblicksache gewesen. In dem Bestreben, wieder vom Fußweg zu kommen, habe Fiedler in dieser Situation nur noch rein gefühlsmäßig gehandelt.

Auch der nächste Sachverständige, Direktor Lauber, stellte fest, daß

in verschiedenen Straßen Leipzigs sich direkt Menschenaffen für Kraftwagenführer befänden.

Das Sperrschild konnte Fiedler, nach den damaligen Beleuchtungsverhältnissen, wohl kaum sehen. Im übrigen schloß er sich ganz den Ausführungen des Direktors Köhmann an und erklärte zum Schluß, der Unfall hätte ebensogut jedem anderen stadiondigen Fahrer passieren können.

Recht interessante Angaben machte der nächste Sachverständige, Polizeihauptmann Ludowici. Dieser hat am Tage nach dem Unglücksfall an dieser Straßenecke beobachtet, wie sich die Kraftwagenführer an dem Sperrschild benahmen. Dabei hat er festgestellt, daß die auswärtigen Fahrer dieses Schild erst im letzten Moment gesehen und abgebremst haben. Ein Wagen sei fast aus dem Zeichen aufgefahren.

Er sei deshalb selbst zu der Ansicht gekommen, daß dieses Sperrzeichen den Ansprüchen der Verkehrssicherheit keinesfalls genüge. Aber auch die Lichtverhältnisse in der Eisenbahnstraße seien recht ungenügend.

Er selbst habe die Straße abgefahren und an der Kreuzung der Hedwigstraße das Licht des Autos recht flüchtig empfunden. Bei dieser Fahrt habe er selbst sich recht unsicher gefühlt.

Der letzte Sachverständige, Ingenieur Litke, hat in der ganzen Eisenbahnstraße Messungen über die Beleuchtungsstärken der rechten Fahrbahn vorgenommen.

Seine Versuche sind zu dem Ergebnis gekommen, daß an der Unglücksstelle die schwächste Beleuchtung war.

Nach diesen für die Stadtverwaltung vernichtenden Gutachten, wurden vom Gericht und Staatsanwalt den Sachverständigen die verschiedensten Fragen vorgelegt, um nach Möglichkeit etwas Belastendes für den Angeklagten zu erkennen. Diese lassen sich aber in ihrem Gutachten nicht erschüttern.

Es bleibt also dabei, daß jedenfalls die Stadtverwaltung die Hauptschuld an diesem Autounfall trägt, der bedauerlicherweise drei Tote und zehn Verletzte gekostet hat. Auf die Anklage des Staatsanwaltes kann man gespannt sein.

Sächsische Angelegenheiten

Um die 15 Punkte

Die bürgerliche Presse stellt ein Gespräch mit, das ein Journalist mit einer „herausragenden politischen Persönlichkeit, die über die Beratungen im Kabinett vorzüglich unterrichtet ist“, gehabt habe. Diese Persönlichkeit behauptet, das Gesamtministerium habe den wichtigsten der 15 Punkte zur sächsischen Verwaltungsreform bereits grundsätzlich zugestimmt. So soll der Landtag verkleinert, die zweijährige Etatperiode eingeführt, ein Einspruchsrecht der Regierung gegenüber Erhöhungen der Ausgaben oder Einschränkung neuer Ausgaben durch die Landtagsmehrheit geschaffen werden.

Die politische Weisheit dieser „herausragenden politischen Persönlichkeit“ scheint noch nicht einmal bis zur Kenntnis der sächsischen Verfassung zu reichen, denn sonst könnte dieser Persönlichkeit nicht entgangen sein, daß Beschlüsse des Kabinetts, die eine Änderung der Verfassung erstreben, erst verfassungsändernd werden, wenn dazu die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Landtage gewonnen ist. Die Sozialdemokratie wird sich selbstverständlich den reaktionären Bestrebungen entgegenstellen.

Nach den Angaben dieser Persönlichkeit hat das Kabinett allen jenen Forderungen zugestimmt, die eine Verminderung der Rechte der Volksvertretung bringen: Verminderung der Zahl der Abgeordneten, zweijährige Etatperioden, Vetorecht des Finanzministers gegen Beschlüsse des Landtages usw., dagegen scheint die vom Innenminister Dr. Apelt angestrebte Aufhebung der Kreis-Hauptmannschaften schon wieder in Frage gestellt.

Es wird damit gerechnet, daß noch vor der Landtagspause vor Weihnachten die Antworten der Koalitionsparteien auf die fünfzehn Fragen vorliegen.

Offenbar ist dieser Hinweis ein Versuch, die Behandlung der sozialdemokratischen Anfrage über die Verwaltungsreform im Landtage bis nach Weihnachten zu verschieben. Im Interesse des Fortschritts muß aber auf beschleunigte Verhandlung der Anfrage gedrungen werden.

Winterbeihilfe für Bedürftige

Der Haushaltsausschuß A des Sächsischen Landtags beriet am 20. November den sozialdemokratischen Antrag über Bereitstellung von 6 Millionen zur Gewährung einer Winterbeihilfe an Sozial-, Kleinrentner, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Erwerbslose. Berichterstatter war die Genossin Schilling, die in der Begründung auf die allseitige anerkannte Notlage der in den Anträgen genannten Schichten hinwies. Ministerialrat Dr. Maier vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium teilte mit, daß ein Schreiben seines Ministeriums an das Reichsarbeitsministerium ergangen sei, in dem um eine Notstandsbeihilfe durch das Reich gebeten wurde. Die Bezirksfürsorgeverbände und Länder seien nicht in der Lage, Mittel für diese Zwecke herbeizuschaffen. Die Koalition wolle einer Entscheidung ausweichen. Trotzdem die Sozialdemokraten auf die Notwendigkeit schneller Hilfe hinwiesen, wurde ein Verlagsantrag bisher angenommen, weil man erst die Reichsaktion abwarten müsse.

Die Verteilung der Grenzlandspende

Die Kirche hat wieder mal einen guten Magen.

Wir berichteten, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion im Frühjahr dieses Jahres einen Antrag gestellt hatte, die Regierung zu ersuchen, über die Verteilung der Summen aus dem sogenannten Grenzlandfonds dem Landtag eine detaillierte Aufstellung vorzulegen. War doch bekanntgeworden, daß aus diesen Grenzlandmitteln für den Bau eines Stadions in Bad Elster 200 000 Mark ausgeworfen worden waren, ferner für den Ausbau des katholischen Priesterseminars in Schmochitz bei Bautzen 30 000 Mark, und für den Bau eines Museums in Bautzen 150 000 Mark zur Verfügung gestellt worden seien. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß angesichts der Notlage in den Grenzgebieten wichtigere Aufgaben zu erfüllen seien. Besonders die Bauhörer wollten lieber ein Krankenhaus als ein Heimatmuseum haben. Und nicht zuletzt fand auch in kulturpolitisch interessierten Kreisen die Verwendung erheblicher Geldsummen an das katholische Priesterseminar Kritik. Am 20. November hatte sich der Haushaltsausschuß A mit den Dingen zu befassen. Berichterstatter war Genosse Wehle. Die Regierung legte eine Aufstellung vor, aus der sich ergab, daß im Jahre 1927 2 750 000 Mark verteilt worden sind, die das Reich mit 1/3 und Kraich bekommen hat, sind folgendermaßen verteilt worden:

Für soziale Fürsorge 805 000 M., Kulturaufgaben 780 000 M., wirtschaftliche Maßnahmen 535 000 M., Verkehrsweesen 630 000 M. Unter besonderer Betonung angeblich nationaler Gesichtspunkte hat das Priesterseminar und das Bautzener Heimatmuseum die genannten Geldsummen bekommen. Aus der Aufstellung der Regierung ging auch noch hervor, daß sogar 15 000 Mark als Beihilfe zur Neuherausgabe des evangelischen Gesangbuchs in wendischer Sprache gegeben worden sind. Man macht also in einer ganz merkwürdigen Art in den Grenzgebieten in nationaler Politik. Auch die Errichtung des Bautzener Museums liegt in dieser Richtung.

Die Sozialdemokraten beantragten, die Regierung zu ersuchen, bei künftigen Zuweisungen aus dem Grenzlandfonds den Landtag vorher zu fragen. Der Antrag wird angenommen.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen

Die Arbeitsmarktlage erhält immer stärker einen rein winterlichen Charakter. Nicht nur der Rückstrom aus den Außenberufen hat sich verstärkt, sondern auch in einigen Zweigen der Bekleidungs- und des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes neigt sich die Saison ihrem Ende zu und bewirkt eine Anzahl Entlassungen, besonders weiblicher Arbeitskräfte. Die unter dem Einfluß des Weihnachtsgeschäftes vermehrten ausbittelsweisen Einstellungen können daher auf dem weiblichen Arbeitsmarkt nicht mehr genügend Ausgleichsmöglichkeiten bieten. Ein Stützpunkt des Arbeitsmarktes liegt jedoch immer noch in der anhaltenden Saisonbelegung im Spinnstoffgewerbe. Allgemein machen sich dort starke Anforderungen von Facharbeiterinnen geltend, die nicht überall befriedigt werden können. Der Arbeitsmarkt der Metallindustrie ist uneinheitlich. Ein weiterer Rückgang trat nicht ein, vielmehr blieb stellenweise die Nachfrage nach Fertigtwaren, wohl unter dem Einfluß von Saisongeschäften; Einstellungen und Entlassungen stehen sich gegenüber.

Der Zugang an männlichen Arbeitsuchenden kommt infolgedessen nicht so sehr aus der Metallindustrie, sondern aus der Industrie der Steine und Erden und aus dem Baugewerbe. Der Abschluß der Bautätigkeit erlaubt nunmehr einen Rückblick auf die diesjährige Bauzeit im Vergleich zum Vorjahre. In dem Zeitraum April bis Oktober 1928 sind rund 9000 Vermittlungen von Facharbeitern und rund 2000 von Bauhilfsarbeitern mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres getätigt worden. Auf der anderen Seite war die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden im Baugewerbe an jedem Monatschluß ständig beträchtlich höher als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Bemerkenswert ist, daß im Vorjahre der Tiefstand der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe erst im September lag, während im Jahre 1928 schon im Juli der günstigste Stand erreicht war.

Westdeutsch-mitteldeutsche Einheitsfront

Die Metallindustriellen Mitteldeutschlands haben sich in die sozialreaktionäre Front ihrer westdeutschen Kollegen eingereiht. Der am 31. Dezember ablaufende Tarif ist von ihnen gekündigt worden. Dazu schreibt der Vorwärts:

„Es gehört ein robustes Unternehmertum dazu, um angesichts der fast durchweg günstigen Erträge der führenden Unternehmungen von einer Inrentabilität der Betriebe zu sprechen, um damit die Lohnrudpolitik zu begründen. So hat das stärkste Maschinenunternehmen in Mitteldeutschland, die Maschinenfabrik Budau, die sich Anfang d. J. mit der Maschinenfabrik A. Wolff in Magdeburg verschmolz, seit der Stabilisierung der Währung ihren Aktionären jährlich 10 Prozent Dividende zahlen können. Im letzten Jahre herrschte bei diesem Werk ein derartiger Hochbetrieb, daß die Belegschaft um etwa die Hälfte vermehrt werden mußte. Das Friedrich-Krupp-Gruson-Werk in Magdeburg erzielte im letzten Jahre einen Reingewinn von mehr als 800 000 Mark, was einer Dividende von 8 Prozent entspricht. Von Auftragsmangel ist bei diesem Werk, das in der Hauptsache Zerkleinerungsmaschinen und Hebezeuge produziert und mehr als 4500 Mann Belegschaft aufweist, nichts bekanntgeworden.“

Daß die guten Konjunkturgewinne nicht nur bei den Großunternehmen hängen blieben, sondern ebensogut auch den mittleren und kleinen Betrieben zugute kamen, zeigt der Abschluß der Halle'schen Röhrenwerke, die im letzten Jahre ihre Dividende erhöhen konnten, daselbst zeigt die Entwicklung der Halle'schen Maschinenfabrik, die seit 1924 Dividenden von 8 bis 10 Prozent ausschütten konnten. Die Wegelin & Hübner A.-G. in Halle, die speziell Ma-

schinen für die Zuder- und Kunstseidenindustrie baut, konnte in den letzten drei Jahren ihre Gewinne mit einer siebenprozentigen Aktionärsdividende stabilisieren. Noch in ihrem letzten Bericht Ende September gab die Verwaltung bekannt, daß der Beschäftigungsgrad in den ersten neun Monaten d. J. befriedigend gewesen sei und die gleiche Dividende wie im letzten Jahre erwartet werden könne. Auch die Bitterer Werkzeugmaschinenfabrik, die im vorigen Jahr ihre Aktionärgewinne sogar von 7 auf 10 Prozent heraufgeschraubt hatte, teilte in dem Ende Oktober veröffentlichten Börsenprospekt mit, daß das bisherige Geschäftsjahr so günstig verlaufen sei, daß auch auf das erhöhte Aktienkapital voraussichtlich die gleichen Gewinne verteilt werden könnten. Auch die am Rande des mitteldeutschen Braunkohlenreviers gelegene Zeißer Maschinenfabrik, die in der Hauptsache Maschinen für den Braunkohlenbau fabriziert, gehört mit einer seit vier Jahren verteilten Dividende von 10 Prozent mit zu den rentabelsten Unternehmen der deutschen Maschinenindustrie.

Diese Gewinnabschlüsse der mitteldeutschen Metallindustrie könnten noch um eine beliebige Anzahl vermehrt werden. Sie zeigen, daß von einer fehlenden Rentabilität in der verarbeitenden Industrie Mitteldeutschlands nicht die Rede sein kann.“

Es geht den Industriellen nicht um die gefährdete Rentabilität, sondern es geht ihnen darum, zu zeigen, daß sie die Herren in der Republik sind. Bei den mannigfachen Fäden, die die mitteldeutsche Metallindustrie mit ihrer großen Schwester im Westen verbindet, dürfte es nicht schwer gehalten, ihre Solidaritätstugenden aufzubringen.

Reichssubvention als Rettungsanker

Die Geheimnisse der Schichauwerke.

Der Sozialdemokratische Pressebienst schreibt: Die Verwaltung der Schichauwerke hat auf die Erörterung in der Öffentlichkeit, die sich mit neuen Staatssubventionen für Schichau beschäftigte, mit einem Kommuniqué geantwortet, das in mehr als einer Beziehung eine Katastrophe ist. Die Darlegung gibt gewissermaßen das Ergebnis einer Gesamtgewinn- und Verlustrechnung vom Jahre 1924 ab wieder. Es zeigt sich dabei, daß das Unternehmen in jedem Jahre mit verhältnismäßig großen Verlusten arbeitete, so daß im Juni 1926 neue Bankkredite in Höhe von 11 Millionen Mark nur mit Hilfe einer Ausfallsbürgschaft des Reiches und Preußens beschafft werden konnten. Wie hoch die gegenwärtige Verschuldung der Schichauwerke ist, darüber lehnt die Verwaltung jede Auskunft ab. Man darf aber nach ihrer Darstellung damit rechnen, daß diese zumindestens zwischen 14 bis 15 Millionen Mark liegt.

Die ungesunde und unbefriedigende Entwicklung führen die Schichauwerke auf die besamte Situation in der Werft- und in der Lokomotivindustrie zurück. Sie behaupten, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland „der Neubau von Handelsonnen nicht gewinnbringend zu gestalten ist“. Wir wissen, daß man in der Werftindustrie gegenwärtig keine Seide spinnen kann. Es gibt aber auch in der Werftindustrie Unternehmen, die sich rechtzeitig umgestellt haben und ihre Rentabilität sichern konnten. Zu diesen Unternehmen gehören die Schichauwerke nicht, und die Verwaltung wird am besten wissen, weshalb das der Fall ist. Nach der Darlegung der Schichauverwaltung wird man die Subventionsforderungen noch skeptischer als früher betrachten müssen.

Amerikanische Gründung der deutschen Kunstseidenindustrie

Die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.G. in Elberfeld, das führende Unternehmen der deutschen Kunstseidenindustrie, hat in den Vereinigten Staaten in Gemeinschaft mit einigen deutschen und amerikanischen Bankhäusern unter der Firma Associated Rayon Corporation eine Gesellschaft gegründet, die als Da-Gesellschaft des unter Führung von Glanzstoff stehenden internationalen Kunstseidenkonzerns funktionieren soll. Die Gesellschaft soll 40 Millionen Dollar Vorzugsaktien und 2 Millionen Stück gewöhnliche Aktien von vorläufig noch nicht feststehendem Nennwert ausgeben. 20 Millionen von diesen 40 Millionen Vorzugsaktien bleiben in fester Hand, zum größten Teil wahrscheinlich im Besitz von Glanzstoff selbst, zum kleineren im Besitz der bei der Gründung beteiligten Bank. Nur der Rest von 20 Millionen Mark Vorzugsaktien wird ausgegeben und kommt an der Börse zum Verkauf. Für einen Teil der ge-

wöhnlichen Aktien hat die neue Gesellschaft beträchtliche Beteiligungen an einer Reihe führender Kunstseidengesellschaften der Welt erworben, darunter Vereinigte Glanzstoff-Fabriken, die deutsche Bemberg A.G., die holländische Enka und die italienische Sna Viscosa. Die Glanzstoff A.-G. läßt über einen beträchtlichen Teil der Vorzugsaktien verfügt, ist dadurch auch in den Besitz der unbedingten Mehrheit der gewöhnlichen Aktien gelangt, so daß die neue Gesellschaft praktisch von ihr beherrscht wird.

Die Dividende auf die Vorzugsaktien wird für die ersten vier Jahre von Glanzstoff garantiert. Der Barerlös der zur Ausgabe gelangenden 20 Millionen Dollar Vorzugsaktien soll für „Neuerwerbungen auf dem Gebiete der Kunstseidenindustrie und Ergänzungen des bisherigen Besitzes der Gesellschaft“ Verwendung finden.

Die Gründung der neuen Gesellschaft bedeutet zweifellos nichts anderes als eine Übertragung der Beteiligung der Elberfelder Glanzstoff-Fabriken an die neue amerikanische Gesellschaft. Rechtslich entsteht ein neuer Besitzer dieser Beteiligungen, tatsächlich aber behält die Elberfelder Gesellschaft nach wie vor die Verfügung darüber. Der Wert der an die neue Gesellschaft übertragenen Beteiligungen wird mit 60 Millionen Dollar = 255 Millionen Mark angegeben. Das Gesamtkapital der Glanzstoff-Fabriken beträgt aber nur ungefähr den dritten Teil davon, nämlich 76,5 Millionen Mark und sämtliche Beteiligungen waren bisher mit 37 Millionen Mark in der Glanzstoff-Bilanz bewertet, also nur mit dem siebenten Teil des Betrages, mit dem sie in die Bilanz der neuen amerikanischen Gesellschaft eingeschätzt werden sollen. Daraus kann man ersehen, welche ungeheuren Werte in der Bilanz der Glanzstoff-Fabriken verschleiert sind.

Ein neues Düngemittel der S. G. Farbenindustrie A.-G.

Nachdem es der S. G. Farbenindustrie A.-G. gelungen ist, dem Ammonsalpeter durch entsprechendes Vermischen mit Kohlenlauren Kalk günstige physikalische Eigenschaften zu geben, bietet die Gesellschaft, wie W.B.-Handelsdienst erzählt, nunmehr der Landwirtschaft unter dem Namen „Kalkammonsalpeter IG“ ein neues Düngemittel an. Das neue Produkt enthält ungefähr 20,5 Prozent Stickstoff, außerdem etwa 36 bis 40 Prozent kohlenlauren Kalk. Die Preisgestaltung konnte deshalb für den Wächner besonders günstig gestaltet werden, weil auch der in dem neuen Erzeugnis enthaltene Salpeter-Stickstoff, der die Hälfte des gesamten Stickstoffgehaltes ausmacht, nur zum Preise des Ammoniakstickstoffs berechnet wird.

Aufhebung der amerikanischen Zollsätze für deutsches Roheisen. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Washington hat die im Januar 1927 gegen Roheisen aus Deutschland erlassene Antidumping-Verordnung, die die Grundlage zur Erhebung von Zollsätzen auf deutsche Roheisen bildete, mit Wirkung vom nächsten Donnerstag aufgehoben wird.

Wie der 9. November eingehalten wird

Eine Mitgliederversammlung der SPD-Ortsgruppe Gersdorf (Bezirk Glauchau) hat einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der SPD stellt fest, daß am 9. November, also einem gesetzlichen Feiertag, die meisten Privatgeschäfte ihre Läden öffnen. Die SPD-Versammlung fragt Rat und Beordnetenkollegium, in welcher Weise gegen diese Ladenhader eingeschritten werden soll.“

Auf diese Antwort darf man gespannt sein. Im übrigen dürfte eine solche Sabotage der gesetzlichen Vorschriften nicht nur in Gersdorf vorgekommen sein.

Wie wie bald . . .

Paul Böttcher ist auch seines Postens als Vorsitzender der kommunistischen Landtagsfraktion entlassen worden. Renner hat das Rennen gemacht!

Bürger soll es werden

Wie verschiedene Dresdner Zeitungen melden, wird sich die volksparteiliche Landtagsfraktion voraussichtlich am Dienstag mit der Nachfolge des Volksbildungsministers Dr. Kaller befassen. Es soll jetzt ziemlich sicher sein, daß Bürger Nachfolger Dr. Kallers werden wird.

Sächsischer Lebenshaltungsinde

Nach der Berechnung des Statistischen Landesamtes beträgt die sächsische Gesamtbevölkerung der Lebenshaltungskosten im Durch-

schnitt des Monats November 154,8 gegenüber 154,6 im Monat Oktober. Im November 1924 betrug die Indexzahl 137,3, im November 1925 143,4, im November 1926 145,2, und im November 1927 151,2.

Wanderausstellung „Der Mensch und seine Ernährung“. Das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden beabsichtigt, die im Rahmen der Ausstellung „Die Ernährung, Berlin 1928“ gezeigte Sondergruppe „Der Mensch und seine Ernährung“ in eine Wanderausstellung umzuwandeln und alsdann in den verschiedenen deutschen Großstädten zu zeigen.

Dresden. Ein Monat Gefängnis für eine verlogene Kasse. Im Verlaufe von Streitigkeiten, die am 18. Juni in einer Gastwirtschaft Dresdens entstanden waren, verlor der Fleischer Bruno Kohn und einen Tischler Spreer einen fröhlichen Faustschlag ins Gesicht, wodurch dessen Nasenbein gebrochen wurde. Da die Verletzung tief geht, ist entstanden eine Verunstaltung. Kohn wurde vom Schöffengericht Dresden wegen Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Dresden. 200 000 Mark für die Jahreschau. Die Stadtverordneten bewilligten für die Jahreschau 1929 „Reifen und Wandern“ eine Unterstützung von 200 000 Mark. Mittelbach & Chemnitz. Eine Familientragödie. Eine in Ehezeitung lebende Frau vergiftete sich und ihr fünf-jähriges Töchterchen mit Gas. Die Frau fürchtete, es könnte ihr das Kind genommen werden.

Reisig. Eine alte Gruft. In Wendischbain fanden Rohrleger eine alte ausgebaute Gruft mit drei Särgen. Das Gewölbe dürfte mehrere hundert Jahre alt sein, zumal vor einigen Jahren auf dem Gelände ein wertvoller Fund jahrhundertalter Münzen gemacht wurde, der in Forscherkreisen hartes Aufsehen erregte.

Rund um den lieben Gott

Einige Geistliche und „Der evangelische Frauenbund“ protestieren gegen die Aufführung von Hasenclevers „Ehen werden im Himmel geschlossen“.

Nun, weltanschaulich haben wir mit dem „Evangelischen Frauenbund“ und mit den Geistlichen, die mit ihm im Bunde sind, gewiß nichts gemein.

Wenn wir aber doch den Fall der Ehen im Himmel, der den Proletarier weder in kirchenteurer noch in Hasencleverscher Aufmachung sonderlich interessiert, nicht gleich zu den standesamtlichen Akten legen, wozu er pro forma gehört, so deswegen, weil es auch ein recht standesgemäßer zu sein scheint — lesen Sie das mal:

„Erste sowie vierte und neunte Reihe ist die Ruhefrist abgelaufen. Abräumen! Friedhofsverwaltung.“

Wo steht denn das nun wieder?

Auf dem Müllener Friedhof, Abteilung Reihengräber für arme Kinder.

Und wer protestiert denn da?

Kein Geistlicher. Kein „Evangelischer Frauenbund“.

Regen sie sich also nur auf, wenn es um den Seelenfrieden bourgeoisen Theaterbesucher geht, nicht aber um das wirkliche Religionsempfinden linderberaubter Proletariatskinder?

Elend wird auf Erden beschloffen — interessiert nicht.

Kindergräber werden mit Hohn begossen — interessiert nicht.

Im Krieg werden Proletarier erschossen — interessiert nicht.

„Ehen werden im Himmel geschlossen“ — das interessiert! Erich Gottgetreu.

Sturm über der Zellstadt

Von A. S. Kober.

Ein wirklicher Kenner des Zirkuslebens, S. Kober, der seit Jahren in dieser Wunderwelt zu Hause ist, schildert in dem Buch „Rund um die Manege“ seine Erlebnisse.

Der Schlaf der Zellstadt ist kurz, unruhig und umrankt von allerlei kleinen, romantischen Arabesten, wie der Schlaf eines unketen Heerlagers.

Dann kommt Morgenlicht auf, der ganze Hof liegt plötzlich taghell da. In der Betriebsinspektion schrillen Telefone, Türen werden aufgesperrt, Boten rennen zu Arbeiterkassafeldern, schlafene Männer mit Hämmern eilen herbei.

Sodom und Gomorra

Roman von Carl Colbert.

Copyright by Drei Masken Verlag, München, Berlin

Der junge Chef des Hauses Frankfurt wußte dagegen nichts Stillschaltendes zu erwidern. Im Grunde war er ja auch ein Sohn seiner Zeit und empfand, daß Würde ein schöner Luxus ist.

So beschloß man denn, von einer Million Schilling mehr zu sprechen und anzudeuten, daß man, wenn nötig, auch zu zwei bereit wäre.

Diesmal erriet er es aber doch. Der freundliche Empfang sollte die entscheidende Ablehnung glaubhaft machen, und dies wieder hatte selbstverständlich den Zweck, das neue Angebot hinauszuschieben.

die jungen Tänzlerinnen sitzen aufrecht in ihren Betten und luscheln; die Argentinier schlagen die Seitenleinen ihres Schlafzimmers zurück, weil die Schwüle sie zu lähmen droht.

Er kommt nicht, noch nicht. Das ist so quälend; dies Warten. Jeder hat Angst, aber keiner will es den anderen merken lassen, erschüttert, schreit, lacht besonders laut; in den Ställen der Tiere aber, die christlich sind, ist ein Gemurmel, ein Stöhnen, Zanken, Weinen.

Kleine Chronik

Elena Gerhardt, die jetzt ihr 25jähriges Künstlerjubiläum feiern konnte, ist der Leipziger Arbeiterschaft gut bekannt, da sie des öfteren fürs WZ gesungen hat.

Elena Gerhardt ist vom 1. Januar 1929 ab als Leiterin einer Meisterklasse für Gesang am Leipziger Konservatorium verpflichtet worden.

Schauspielhaus. Bei dem zweiten Gastspiel der Reinhardt-Tänzerinnen mit der Revue „Es liegt in der Luft“ sind die

Hauptrollen besetzt mit Blandine Binger, Hans Wahmann, Hartwell Cool, dem amerikanischen Stepanzer, Am Hügel wird Mischa Spoltanski, der Komponist der Revue, sein Solisten-Ensemble dirigieren.

Operntheater. Dienstag, den 27. November, Erstaufführung der Operetten-Revue „Eine einzige Nacht“, Musik von Robert Stolz.

„Objön oder nicht?“ Der Prozeß gegen Nadelbäume Hall's Roman „The Well of Loneliness“ (Die Quelle der Einsamkeit), worin die Autorin in bezaubernder Weise das Problem der lesbischen Liebe behandelt, fand am Freitag seinen Abschluß vor dem Volksgericht in London.

Nadelbäume und Klimaeinfluß. Eine Versuchskultur von Kiefer, die man aus den Vereinigten Staaten in das Bergland von Hawaii, und zwar in das abgegrenzte und geschützte Gebiet von Kailashini, verpflanzt, reagierte auf diese Veränderungen des gewohnten Klimas durch ein ganz auffallendes Höhen- und Dickenwachstum.

Filmchau

Auch in Leipzig nimmt man die geschicht unpolitisch kritisierten politischen Filme Hugenburgs nicht mehr widerspruchslos hin. Die von der Ufa herausgebrachten Originalaufnahmen von der „Ruhmesfahrt“ des letzten Zeppelin-Luftschiffes begegnen einem soliden Pfeifkonzert, das selbst nicht durch den Beifall der Deutschländer wegzukriegen ist.

Die Dresdner Bank hat ihren gesamten Betrieb großzügig verfilmen lassen. In den zwei Vorführungen dieses gewiß interessanten Betriebsfilms hat sie nur die bürgerlichen Zeitungen eingeladen, wahrscheinlich in der Voraussetzung, daß wir an den Einblick in einen streng rationalisierten Bankbetrieb Schlussfolgerungen knüpfen könnten, die in einer bürgerlichen Zeitung nicht zu befürchten sind.

er vollkommen im unklaren über den Erfolg seiner Sendung. Er war ein Mann des fehlischen Lebens, das Selbstgefühl und Selbstzufriedenheit voraussetzt. Dennoch wäre es falsch, wenn man annehmen wollte, daß er heute mit sich selbst zufrieden gewesen wäre.

Tags darauf wurde die Börse durch heftige Kursrückgänge überrascht. Es fielen die Aktien der Bank für Handel und Industrie, weil, wie die Eingeweihten sagten, die geplanten Geschäfte mit der Firma Innerhuber gescheitert seien; es ging aber auch die der Allgemeinen Kommissionsbank und der Vereinigten Alpenländischen Seifenfabriken A.-G. stark zurück.

Prognostiker, der allein verlässliche Auskunft hätte geben können und vielleicht gegeben haben würde, kam nicht zur Börse. Seine Vertreter hatten als einzige Antwort auf die erregten Fragen das Häselzucken des Nichtwissens.

Wer diese Dame im Gespräch mit ihrem Vater belauscht hätte, würde bei den gesunkenen Kursen Gelegenheit zu großen Börsengewinnen gefunden haben. In der gewaltsamen Aufregung hatte der Präsident ihr erzählt, daß ihm der Professor seinen im Auftrag des Kommerzialrates mitgeteilt habe, dieser hätte sich die Sache anders überlegt und gebe den Verhandlungen keine weitere Folge.

mittlers, ob sich die ebenso überraschende wie bedauerliche Wendung nur auf den geschäftlichen Teil beziehe, habe der Kommerzialrat erwidert, sie betreffe alle.

„Also die Bankverbindung und ich — beide werden abgelehnt.“ Raud sagte es mit einer Ruhe, die Prognostiker unbegreiflich erschien. Sie aber fuhr fort: „Und du glaubst das? Der Professor, der sich einbildet, Menschenkenner zu sein, sogar der glaubt es? Ihr kennt den alten Schlaupfropf wenig. Nicht abbrechen will er, dazu braucht er die Bank, die Senfengeschäfte und die Partie für seinen Sohn zu notwendig. Er verjagt nur, ob sich nicht im letzten Augenblick noch etwas mehr herauszuschlagen läßt. Ueberlasse mir die Fährten, Papa! Du wirst sehen, daß es ist, wie ich sage.“

Noch vermochte sich Prognostiker dazu nicht zu entschließen. Juniel stünde auf dem Spiel. „Bedenke doch, es handelt sich doch auch um dich, Raud!“

Sie bat ihn, sich um sie nicht zu sorgen, sie fühle sich Mannes genug, mit dem alten Sünder fertig zu werden. „Was kein Wortspiel sein soll“, setzte sie gutgelaunt hinzu und auch Prognostiker mußte lachen, obwohl es ihm sonst nicht eben zum Lachen war.

Die Unterredung fand in Rauds Räumen in der Fiebingergasse statt. Das Mädchen trat ein: Der Herr Professor Haberfellner lasse bitten. Der Professor war sichtlich bestürzt. Er bringe eine neue Nachricht, und wie er gleich vorhersehen müsse, eine sehr schlimme. Dem ängstlich aufstrebenden Prognostiker deutete er zunächst an, daß es sich um den Streit handle: „Fräulein wissen ja?“

„Wie denn nicht? Die Aussperrung, die man Streif nennt, weil es sich so in unseren Zeitungen angenehmer stellt. Was gibt es denn, lieber Professor? Sicherlich wollen die konservativen Innerhuber von solchen modernen Teufelswerk nichts mehr wissen und sind bereit, sich mit ihren vieljährigen Arbeitern patriarchalisch zu verständigen.“

Ueberrascht bejahte Haberfellner. Er staunte, wie scharfsinnig das Fräulein — und etwas besserer Laune beglückwünschte er sich, ihr vor zwanzig Jahren ans Licht dieser graustreichen Welt, oder sollten es schon einundzwanzig sein? — verhasst zu haben.

„Was gibt es da zu staunen? Wenn Herr Innerhuber den Kaufpreis hinausschrauben will, muß er uns mit allem bedrohen, von dem er weiß oder annimmt, daß es der Allgemeinen Kommissionsbank und Vapas sonstigen Geschäften unerwünscht ist.“

(Fortsetzung folgt.)

William Hoyer gestorben

Kampf war sein Leben, Kampf für die Förderung der Interessen des Proletariats. Bierzehn Jahre hat er diesem Kampf seine Kräfte gewidmet und mehr als vier Jahrzehnte in den vordersten Reihen gestanden.

Schon als ganz junger tatensüchtiger Mensch kam er nach Leipzig. Von Beruf Bäcker, von Natur aus hellen Blicks, erkannte er sehr bald die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gerade für den Bäckerberuf. Lange Arbeitszeit, schwere Nachtarbeit unter unhygienischen Verhältnissen, Kost und Logis beim Meister und damit händige Kontrolle des Arbeitgebers über alles private Tun und Treiben der Bäckergehilfen, das waren die Verhältnisse, die damals und bis zum Ausgange des vorigen Jahrhunderts die Werbearbeit für die Gewerkschaft der Bäcker so außerordentlich erschwerte. Um so unerschrockener begab sich William Hoyer immer wieder ans Werk. Schon kurz nach seinem Arbeitsantritt in Leipzig gelang es ihm, die erste Zelle für den Bäckerverband in Leipzig ins Leben zu rufen. Seine eifrige Tätigkeit brachte ihm bald Maßregelungen. Man wollte ihn durch Aushungerung verjagen. Aber damals gab es in Langer eine kleine Genossenschaftsbäckerei, bei der der Gemeindegatte nach einiger Zeit Aufnahme fand. Im Jahre 1894 kam er als Bäcker in die größere Bäckerei des Konsumvereins. Seit dem Jahre 1897 bekleidete William Hoyer die Stelle eines Lagerhalters. In dieser Stellung ist er am 1. März 1928 pensioniert. Auch in der Lagerhalterbewegung hat William Hoyer sich mit großer Liebe betätigt. Er war einer der Mitbegründer der damaligen Lagerhalterorganisation und später auch einer der lebhaftesten Verfechter der Einverleibung dieser Organisation in den Zentralverband der Angestellten.

eifrig und erfolgreich. Er gehörte zu jenen Rednern, die besonders auf dem flachen Lande sowohl bei Reichstags- wie bei Landtagswahlbewegungen gern gehört und viel begehrt waren.

Seine größte Aktivität entwickelte William Hoyer auf dem Gebiete der Gemeindepolitik. Schon unter dem alten Dreiklassenwahlrecht gehörte er fast ein Jahrzehnt hindurch



lagenwesen, dem Ausschuss für Gewerbesachen, dem Ausschuss für die Güter, dem gemischten Ausschuss für die Kleinrenten, dem Siedlungs-Ausschuss, dem Straßbenennungs-Ausschuss, dem Ausschuss für das Tiefbauwesen, dem Gemischten Ausschuss für das Wasseramt und dem Gemischten Ausschuss für das Wohnungswesen an. Außerdem war er vom Räte in den Vorstand des Fürsorgeverbandes der Kreishauptmannschaft Leipzig und in den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft für Haus- und Grundbesitz abgeordnet.

Ein in seinen besten Jahren so reger Mensch wie William Hoyer konnte natürlich auch in der parteipolitischen Bewegung nicht untätig sein. Er wurde all seine Zeit hindurch reich mit Vertrauensämtern der Partei bedacht. Seit dem Jahre 1911 war er Mitglied des Pressekomitees, und als im Jahre 1915 der damalige Vorsitzende des Aufsichtsrats der Leipziger Buchdruckerei A.-G., Genosse Drndt, starb, trat Genosse Hoyer an seine Stelle. Auch dieses Amt, das zugleich mit dem Vorsitz der Pressekommission der Leipziger Volkszeitung verbunden war, hat er bis zu seinem Tode bekleidet.

Zu früh hat William Hoyer die Augen für immer geschlossen. Den wohlverdienten Ruhestand nach arbeitsreichem Leben hat er nicht allzu lange Zeit genießen können. Er hat ein Alter von nur 63 Jahren erreicht. Am 20. Oktober 1865 wurde er geboren, am 24. November 1928 ist er gestorben. Die Leipziger Arbeiterschaft, in deren Mitte er sein ganzes Leben hindurch gestritten hat, wird ihm allezeit ein ehrendes Andenken bewahren. Mit William Hoyer sank einer der Besten aus ihren Reihen dahin, einer derer, die von Anfang ihres Wirkens mit unermüdbarer Kraft für die Befreiung des Proletariats aus den Klassen-, Wirtschafts- und Kulturjahren stritt. Nach einem Bidegespräch soll ein Leben nur dann köstlich gewesen sein, wenn es stets Arbeit und Mühe gewesen ist. Mehr als dieses salbungsvolle, zur Niederhaltung proletarischer Kulturverlangens erfundene Wort es verheißt, darf William Hoyer für sich in Anspruch nehmen, daß er ein Leben voll Mühe und Arbeit gelebt und vom Standpunkt proletarischer Klassenwohlfahrt aus ein köstlich Leben.

Am Mittwoch wird die Arbeiterschaft Leipzigs dem Verstorbenen das letzte Geleit geben. Um 16 Uhr beginnt die Trauerkundgebung in der Hauptkapelle des Südfriedhofes.

William Hoyer war auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung außerordentlich eifrig tätig. In seiner Gewerkschaft, die schon im Laufe der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts beachtliche Stärke gewann, war er auch außerhalb Leipzigs längere Zeit hindurch stark organisatorisch wirksam; besonders in der Zeit, da der Verband sich besoldete Funktionäre noch nicht halten konnte. Aber auch in der politischen Bewegung stand William Hoyer stets in vorderster Reihe. Sowohl in der Gemeindepolitik, als in der Reichs- und Landesagitation betätigte er sich Jahrzehnte hindurch

dem Leipziger Stadtverordnetenkollegium an, von 1901 bis 1910. Bei den Wahlen im Jahre 1910 unterlag er. Aber im Jahre 1914 zog aufs neue ins Stadtparlament ein. 1920 wurde er zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Dieses Amt hat er bis zu seinem Tode bekleidet und sich ihm mit großer Liebe allezeit gewidmet.

Als Stadtrat gehörte er der Armendirektion, dem Gemischten Ausschuss für Düngerabfuhr, dem gemischten Ausschuss über Einverleibung, dem Ausschuss für das Forst- und An-

Das Finanzgebaren der DRK

Am 7. Oktober veröffentlichten wir das Zahlenmaterial über Ausgaben und Einnahmen der Allg. Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig bis einschließlich September. Im Laufe des Monats Oktober hat die Steigerung für die sogenannten Sachleistungen angehalten, insbesondere für ärztliche Behandlung der Mitglieder, Arznei und Krankenhausbehandlung. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt:

Für ärztliche Behandlung	4 657 424,41 Mfl.
„ zahnärztliche Behandlung	484 086,92 „
„ Behandlung durch Heilspersonen	58 174,85 „
„ Krankenhaus-Verpflegungskosten	2 100 282,84 „
„ Arzneien aus Apotheken	1 692 191,52 „
„ sonstige Heilmittel	694 504,30 „
„ Heilmitteln und Hauspflege	548 486,78 „
„ gemeinnützige Zuwendungen	55 416,80 „
Sachleistungen insgesamt	10 306 478,37 Mfl.

Darvon entfallen 1 639 977,50 Mfl. auf die Angehörigen der Mitglieder. An Barleistungen gewährte die Kasse bis einschließlich Oktober

Im einzelnen	
für Wochenhilfe	860 656,32 Mfl.
„ Krankengeld	8 131 555,43 „
„ Haus- und Taschengeld	514 785,95 „
„ Sterbegeld	361 964,43 „

Der Ausgaben-Anteil für Angehörige bei den Barleistungen befreit sich auf 616 064,61 Mfl. Die Gesamtleistungen der Kasse stellen sich auf 20 174 449,50 Mfl. in 10 Monaten, während 1927 für den gleichen Zweck nur 576 000 Mfl. mehr für das ganze Jahr ausgegeben wurden, nämlich 20 750 694,15 Mfl. Hieraus schon ist die wesentlich stärkere Inanspruchnahme der Kasse ersichtlich. Unter Hinzurechnung der Verwaltungskosten, Ausgaben für Unterhalt der Grundstücke usw. in Höhe von 2 338 088,09 Mfl. ergibt sich eine Gesamtausgabe von 22 512 534,39 Mfl.

Die Ortskrankenkasse erhebt an Beiträgen nur 6 Prozent und bleibt damit weit unter dem Maße anderer Großkassen. Die Einnahme an Beiträgen für die 10 Monate betrug 22 117 858,75 Mfl. Gegenüber den Ausgaben ergibt sich ein Fehlbetrag von 394 674,84 Mfl., dem 792 821,38 Mfl. an sonstigen Einnahmen gegenüberstehen. Aus dem Ertrag der Grundstücke, des Zambertinstituts und Verbandsmittelsvertriebs wurden 208 818,43 Mfl. erzielt. Für Kapitalzinsen, Mahngeschäften usw. 228 271,83 Mfl. und für rückständige Beiträge aus dem Jahre 1927 355 731,12 Mfl. vereinnahmt. Der Ueber- schuß der sonstigen Einnahmen mit 308 146,54 Mfl. ist dem gesetzlichen Rücklagefonds zugeführt worden. Allerdings müßte die Kasse auf Grund gesetzlicher Vorschriften für die Rücklage einen Betrag von 1 105 892,88 Mfl. bereitstellen. Es fehlen daran 707 746,34 Mfl., ein Umstand, der allerdings nicht wesentlich ins Gewicht fällt, weil die Krankenkasse bis Ende Oktober einen Rücklagefonds von 4 438 920,95 Mfl. angesammelt hat. Wollte die Kasse den vom Gesetzgeber verlangten Rücklagefonds schaffen, so wären dazu mehr als 21 Millionen nötig. Man braucht nur diese Summe niederzuschreiben, um sofort zu erkennen, daß ein solches Verlangen nicht gestellt werden kann. Der Vorstand und die Verwaltung der DRK sind weit entfernt davon, Verschärfungsmaßnahmen zu treiben. Viel mehr ist und bleibt das Bestreben darauf gerichtet, an Beiträgen nur soviel zu erheben, wie für die Kassenaufgaben erforderlich ist.

Bis jetzt hat die DR bei nur 6 Prozent Beitragsjah weit über die Regelleistungen hinausgehende Mehrleistungen gewähren können. Vorausgesetzt, daß die Kasse in Zukunft vor weiteren Ausgabensteigerungen bei den Positionen Arztonorar, Arznei und Krankenhauspflege bewahrt bleibt, wird der Vorstand die bisherige, im Interesse der Allgemeinheit liegende Finanzpolitik fortsetzen. Allerdings gehört dazu noch, daß keine schweren Wirtschaftserschütterungen auftreten.

Machtworte an der Bahnsteigsperr

Was wir erzählen, ist uns — in der Großstadt Leipzig passiert. Wir zwei, meine Frau und ich, muhten fast zu gleicher Zeit, mit zwei verschiedenen Zügen, Leipzig in zweierlei Richtung verlassen. Ich wenige Minuten früher auf einem Bahnsteig der Westseite. Also, da es auch nicht mehr ganz zeitig ist, machen wir uns auf, um — durch die Sperr zu gehen. Ich bin schon durch, da — faucht der Bahnstößer meine Frau an: „Sie können nicht hier durch.“ Wir sind paff. Sie hat doch eine richtiggehende Fahrkarte, und in einer Viertelstunde geht ihr Zug. Also: wir nehmen uns die Mühe und erklären. Noch um einen Ton preußischer kommt's aus dem Rosten: „Ich kann Sie nicht durchlassen!“ Wir erklären noch einmal, meine Frau wolle mich an meinen Zug bringen, um dann nach ihrem Zuge zu gehen. Barisch bleibt's dabei: „Ich lasse Sie nicht durch! Das ist streng verboten!“ Warum das streng verboten ist, ist uns nicht recht klar. Aber gegen Miene und Wort des Beamten, die vor der von oben verordneten Höflichkeit gegen das Publikum nichts spüren lassen, ist nicht aufzukommen. Also muß — meine Frau, um an meinen Zug zu kommen, erst 10 Bahnhofsweite weiter, wird anstandslos durchgelassen und — nun können wir uns an meinem Zuge verabschieden, wenn eben auch erst nach Hindernissen.

Ob es allerdings der Sinn eines Verkehrsinstinats der Öffentlichkeit ist, solche unnütze Hindernisse zu bereiten, wie es hier der Cerberus am Eingang oder auch die von ihm angeführte Verordnung tut, das habe ich trotz längerem Grübeln nicht ergründen können. Vielleicht gibt der betreffende Bahnbeamte Rat zu der Verordnung auch den Kommentar heraus. Er scheint ja so nicht zu wissen, was er machen soll. Also — werden Bestimmungen zur Befähigung des Publikums erlunden. Civis.

Geschlechtskunde im Giftschrank

In der Deutschen Bücherei in Leipzig am Deutschen Plage werden eine Anzahl Bücher, die aus irgendeinem Grunde der Öffentlichkeit vorenthalten werden sollen, als geheim geführt. Diese Bücher befinden sich in besonderer Verwahrung, die unter den Angestellten der Bücherei und den Benutzern die Bezeichnung „Giftschrank“ führt.

Unter diesen befindet sich auch ein Werk, das ausdrücklich von seinem Verfasser für die Allgemeinheit geschrieben ist: die Geschlechtskunde von Dr. Magnus Hirschfeld.

Genosse Hirschfeld schreibt im Vorwort: (Geschl.-R. I. S. X.) „Deshalb schenke ich mir nun an der Zeit, eine neue Gesamtübersicht über das Geschlechtsleben des Menschen zu geben, wie sie dem jetzigen Stande der Wissenschaft entspricht, ein Buch der Belehrung, das, wie die beiden schon genannten, an alle wendet, denen es mit diesen Fragen so ernst ist, wie dem Verfasser. Wenn Einzel-

seine sexuelle Frage auf dem Titelblatt als eine naturwissenschaftlich-psychologische, hygienische und soziologische Studie für Gebildete bezeichnet, so betone ich ausdrücklich, daß ich mich nicht nur an die Gebildeten wende, sondern an alle, die es angeht, also an alle; denn es gibt wohl niemanden, dem dies Wissen nicht nötig wäre; selbst diejenigen, die ihrer eigenen Geschlechtskunde ablehrend gegenüberstehen, sollten wissen, warum sie dies tun, und es für ihre Pflicht ansehen, sich über Dinge zu unterrichten, die sie kennen müssen, damit sie ihren Mitmenschen Gerechtigkeit widerfahren lassen können. Wie sollen denn die Eltern ihre Kinder, wie sollen die Geschlechter einander verstehen, wenn ihnen dieses Zentralproblem verschlossen bleibt?“

In der Betrachtung der Sexualität ringen zwei Auffassungen miteinander: die theologische und die biologische, also Mittelalter und Gegenwart. Sollte in der Stelle, die in der Deutschen Bücherei über öffentlich oder geheim zu entscheiden hat, die theologische Auffassung die maßgebende sein? Genosse Dr. Hirschfeld hält jetzt einen Kursus von drei Vorträgen ab. Allen denen, die seinen Vorträgen nachgehen und ihr Wissen auf dem Gebiete der Sexualität vertiefen wollen, muß auch in der Deutschen Bücherei dazu Gelegenheit gegeben werden. Die Geschlechtskunde muß aus dem Giftschrank heraus und zur Benutzung für alle, nach dem ausdrücklichen Willen des Verfassers, zur Verfügung gestellt werden. es.

Unfälle in Leipzig

Von der Straßenbahn angefahren. Am 24. November, gegen 19.15 Uhr, ist auf der Straßenbahn am Fleischerplatz ein 65 Jahre alter Tischler gegen einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnzug der Linie 13 gefahren, zu Fall gekommen und unter die Schutzvorrichtung geraten. Der Motor mußte von der Feuerwehr gehoben werden. Mit dem Rettungswagen wurde der Verletzte ins Krankenhaus gebracht. Anscheinend hat er einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten.

Tödliche Gasvergiftung. Am Sonntag, gegen 7.45 Uhr, wurde in der Windmühlstraße der Kunsttänzer Georg L., 44 Jahre alt, in seinem Geschäftslokal gasvergiftet aufgefunden. Offensichtlich ein Unglücksfall vor. Der Verstorbene hat sich auf dem Gasofen Essen warmgemacht und sich auf den Stuhl daneben gesetzt. Hierbei ist er vermutlich eingeschlafen. Das überkochende Wasser dürfte die Gasflamme ausgelöscht haben, so daß das Gas ausströmte.

Beim Auspringen auf die Straßenbahn verunglückt! Gestern, gegen 16 Uhr, ist auf dem Tröndling ein 61 Jahre alter graphischer Gehilfe auf einen im Gange befindlichen Straßenbahnzug der Linie 13 aufgesprungen und wieder abgestürzt. Er erlitt eine Verletzung am rechten Auge und anscheinend eine Gehirnerschütterung und wurde nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht.

Volkshaus Leipzig
 Spezialgerichte, Heute: Rindgulasch mit bayrischen Knödel 80 Pf., Wiegenbraten mit Wirsingkohlrabi 75 Pf. — Morgen: Gefüllter Weinkohl mit Speck 90 Pf.

Wo ruft die Pflicht?

Sozialistische Bildungsarbeit.

Offbeiz. Kurjus Herre findet morgen Dienstag, den 27. November, 19 Uhr, in der 15. Volksschule, Neustadt, Wischmannstraße, statt.

Funktionäre.

Schönefeld. Morgen Dienstag, den 27. November, 20 Uhr, wichtige Sitzung in der Bibliothek. Tagesordnung: Aussprache, Agitation, Berichtlesen.

Wahren. Mittwoch, den 28. November, 20 Uhr, in der Bibliothek, wichtige Sitzung.

Frauen.

Blagwitz-Vindenhau-Schleußig. Montag, 26. November, 20 Uhr, im Schloß Vindenhau, Vortrag der Genossin Scharke über sexuelle Aufklärung.

Müden. Freitag, 30. November, 20 Uhr, im Heim, Wollstraße, Vortrag der Genossin Unger: Die neue Moral und die Arbeiterklasse.

Alt-Leipzig. Dienstag, 27. November, fällt unser Frauenabend aus, dafür besuchen wir die Veranstaltung des Konsumvereins. Nächster Frauenabend Dienstag, den 4. Dezember.

Connewitz. Unser Frauenabend fällt aus, er findet bestimmt am 4. Dezember statt. Genossin Amon wird sprechen.

Schule.

Elternräte für die weltliche Schule. — **SPD Groß-Leipzig.**

Montag, 3. Dezember, 19.30 Uhr, im Volkshaus, Gartenplatz, Vortrag des Genossen Hermann Strobel mit Lichtbildern über Wald- und Gartenschulheim. Wir erwarten die Elternräte aller Schulen.

Kurjus Barisch für Elternräte und Schulausschussmitglieder für die Orte Vindenhau, Quasnik, Müschena, Stahmeln, Wiederthig, Podelwitz, Seehausen, Gößschwitz. Mittwoch, den 28. November, 20 Uhr, im Restaurant Mühle, Wahren.

Kurjus in Wiederthig und **Bösdorf** fallen diese Woche aus.

Elternratsobste und Elternräte der 42, 49, und 57. Schule.

Mittwoch, den 28. November, pünktlich 19.30 Uhr, in der Bibliothek, wichtige Sitzung.

Arbeiterwohlfahrt.

Districte 79 bis 83. Dienstag, den 27. November, 20 Uhr, im Brauereipark, Verfallung. Vortrag des Genossen Wurst über „Mieterschutz und öffentliche Fürsorge“.

Mitglieder-Veranstaltungen

Pegau. Mittwoch, den 28. November, 20 Uhr, im Volkshaus, Mitgliederversammlung. Vortrag über: Die politische Lage.

Keine Vergünstigung für Schwerbeschädigte. Wie uns vom Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen mitgeteilt wird, hat die ständige Tarifkommission der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft den gemeinsamen Antrag der Kriegsspieler-Organisation, anlässlich der Einführung des Zweifelhafensystems bei der Reichsbahn die Fahrpreisermäßigung für Schwerbeschädigte in Gestalt des Benutzungsrabattes der Militärschikarte wie gegenüber den Reichswehrangehörigen festzusetzen, zu lassen oder diesen die Benutzung der Posterschikarte zuzugestehen“ abgelehnt. Der Reichsverband wird sofort in geeigneter Weise an den Reichstag herantreten, um die Aufrechterhaltung dieser durch die der Allgemeinheit gebrauchten Opfer wohlverdienten Vergünstigung durchzusetzen.

Die Comenius-Bücherei in Leipzig, Schenkendorfstr. 34, ist die größte pädagogische Fachbücherei der Welt. Sie sammelt das Schrifttum über Erziehung und Unterricht und verleiht die Bücher an Lehrer aller Schulgattungen des deutschen Reiches und an pädagogisch interessierte Laien. Am 12. November d. J. hat der Bücherbestand die Zahl 300 000 überschritten. Über 40 000 Bände wurden im laufenden Jahre in alle Teile Deutschlands hinausgeschickt.

Williges Theater. Das WZ teilt mit: Zu der heutigen Vorstellung „Oktobertag“ (20 Uhr, Altes Theater) ist noch eine Anzahl Karten zu haben.

Graphische Sammlung des Museums der bildenden Künste, Augustusplatz, Mittwoch, den 28. November, 19 bis 21 Uhr, Vortrag „Dürers Jugendzeit“. Eintritt frei. Die Ausstellung italienischer und griechischer Landschaften von Meurer, Spröcke und Preller schließt am 2. Dezember. Montags und Mittwochs abends zur Besichtigung geöffnet.

38. Volksschule. Zu der Notiz in unserer letzten Ausgabe ist zu berücksichtigen: Der Elternabend findet am 28. November, um 20 Uhr, statt. Lehrer Hante spricht über „Wien, die Stadt der Schulreformen“.

25. Volksschule. Montag, den 26. November, 19 Uhr, im Schulkolleg, „Schülerfeste“.

Volkshochschule Leipzig. Der Kurjus Richter über „Die Entwicklung der Kultur der Urzeit“ muß wegen Erkrankung des Lehrers am Dienstag, dem 27. November, ausfallen. Der Abend wird nachgeholt.

Volkshochschulheim „Schule der Arbeit“, Schleußig, Stieglitzstraße 24. Offener Abend für Schüler, Freunde und Bekannte. Das Heim „Schule der Arbeit“ hat am Sonnabend, 1. Dezember, einen zweiten Ausspracheabend über das Thema: „Arbeitskraft und Krieg“. Beginn 19.30 Uhr.

Öffentliche Jugendveranstaltungen. Im Rahmen der öffentlichen Jugendveranstaltungen des Jugendamts Leipzig findet am Dienstag, dem 27. November, 20 Uhr, im Saale des städtischen Kaufhauses, Eingang Kupfergasse, ein Kammermusik-Abend statt unter Mitwirkung des Konzertsängers Fr. Wölter, des Organisten-Quartetts und des Trio Weltmann-Trios. Der Eintritt kann nun gegen Karte erfolgen. Karten stehen den Leipziger Jugendorganisationen und -bänden kostenlos zur Verfügung und sind bis zum 23. November beim Jugendamt, Kanzlei für Jugendpflege, Töpferstraße 2, anzufordern.

Fleischverkauf an der Freibank. Morgen Dienstag, 27. November, an der Freibank 1 freier Verkauf.

Vom Bezirkstag

Kommunistische Grundsatzeffektivität — für Verkehrsverbesserung

In Erbach im Vogtlande hielt der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig seinen Bezirkstag ab. Erbach war deshalb als Tagungsort gewählt worden, weil mit der Tagung gleichzeitig eine Besichtigung des Kinderheims Tannenmühle, das unweit Erbach liegt und dem Bezirksverband Leipzig gehört, verbunden worden war. Bei der Tagung fiel zunächst das Fehlen des Herrn Dr. Peters auf. Andererseits Verpflichtungen sollten die Ursache sein, weshalb Herr Peters, der Hauptling der Bürgerlichen, durch Abwesenheit glänzte. Bei der Einlen des Bezirkstages gab es eine Anzahl Abgeordnete, die in die Entschuldigung des Herrn Peters gewisse Zweifel setzten.

Die dem Bezirksparlament zur Erledigung vorliegende Tagesordnung hätte in kurzer Zeit bewältigt sein können, wenn nicht die Fraktion der Sozialdemokraten mit ihren oft recht geistlosen kommunistischen Tiraden aufgewartet hätte. Diese fünf einzigen und wahren „Arbeitervertreter“, die nach Meinung des Bezirkstagsmitgliedes Otto Marcker fünf verschiedenen Richtungen der SPD angehören, begünstigten auch diesmal den Bezirkstag wieder mit einer Serie von Anträgen, deren Ablehnung infolge ihres Widerspruches zu bestehenden Gesetzen von vornherein sicher war. Die Thätmannianer, Verführer, Brandstifter und Ultralinken stellten aber auch bei der Abstimmung über die Höhe der Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer trotz des wachsenden Auges des Zentralvertreeters Böhmer auseinander. Obwohl letzterer hohe Löhne über kommunistische Grundsatzeffektivität, stimmte Bauernmeister, der Vernünftige unter den fünf Kapodisten, mit den Sozialdemokraten dafür, daß die selbständigen, Gutsbezirke Zuschläge in Höhe von 150 Prozent zur Grund- und Gewerbesteuer zahlen müssen. Neben den Sozialdemokraten war es aber nicht nur Bauernmeister, der anerkannte, daß man den großen Gutsbezirken keine Geschenke machen dürfe, es fanden sich auch Bürgerliche, die mit den Sozialdemokraten stimmten. Auch die bürgerliche Fraktion spaltete sich bei dieser Abstimmung; damit wurde eine Mehrheit für Annahme der Vorlage geschaffen.

Daß die Verkehrsverhältnisse in und um Leipzig noch recht im argen liegen, ist in letzter Zeit von unzähligen Stellen festgestellt und Abänderung dieser hoffnungslossten Zustände gefordert worden. Auch der Bezirkstag brachte einheitlich seine Meinung in dieser Angelegenheit zum Ausdruck. Er ging sogar noch darüber hinaus, wie die von ihm angenommenen und morgen zu veröffentlichenden Entschlüsse deutlich besagt. Hoffentlich haben die zuständigen Stellen für diese dringenden Bedürfnisse ein klein wenig Verständnis.

Genosse Meßner eröffnet den Bezirkstag, stellt dessen ordnungsgemäße Einberufung fest, begrüßt die erschienenen und gibt die Tagesordnung bekannt. Für die Wahl von Ausschussmitgliedern zur Vornahme der Schöff- und Geschworenenswahl bei den verschiedenen Amtsgerichtsbezirken liegen beim Vorsitzenden drei Vorschlagslisten vor. Es sind dies die Vorschlagsliste des Bezirksbürgerrates Leipzig-Land, der SPD und der KPD, die letzteren sind als verbunden erklärt. Nach erfolgter Wahlhandlung wird vom Vorsitzenden erklärt, daß nach erfolgter Prüfung durch die Bezirksverwaltung den Bezirksratsmitgliedern mitgeteilt wird, wer von den einzelnen Vorschlagslisten gewählt wurde. — Einer Fingergrenzenveränderung zwischen der Stadt Leipzig und der Gemeinde Abnaundorf wird einstimmig zugestimmt.

Direktor Teupel begründet die Notwendigkeit der Schaffung einer Säkular über die Gestaltung der öffentlichen Wohlfahrtspflege im Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig. Die Säkular, für deren Entwurf der Vorsitzende und der Bezirksausschuß verantwortlich zeichnen, liegt den Bezirksratsmitgliedern vor. Sie entspricht den Reichsgrundsatzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge, ihre Fassung ist angelehnt an die für Sachsen geltenden Bestimmungen.

Bezirksrat Hermann spricht zur Säkular im allgemeinen, wünscht eine Anzahl Änderungen und fordert Einführung der gehobenen Fürsorge für sämtliche Unterhaltungsempfänger.

Thätmannianer Böhmer begründet im Zusammenhang mit der Säkularvorlage einen Antrag, der für Ehepaare und alleinstehende Personen die Forderung einer Winterbeihilfe von 50 Mark vorseht. Außerdem soll für jedes Kind eine solche in Höhe von 10 Mark gewährt werden.

Genosse Pfleger erklärt, daß die Sozialdemokratie den vorliegenden Säkular über die Gestaltung der Wohlfahrtspflege zustimme. Die Praxis habe ergeben, daß überall dort, wo die Reichslisten nicht als starre Paragraphen angesehen würden, sondern die Wohlfahrtspflege nach sozial-ethischen Grundsätzen durchgeführt wird, wirkliche Not gelindert werden könne. Die Gewährung von Winterbeihilfen an Fürsorgeempfänger sei durch Zustimmung zu dem von der SPD eingebrachten Antrag garantiert. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Das Wohlfahrtsamt wird beauftragt, für alle Fürsorgeempfänger geeignete Winterhilfsmassnahmen durchzuführen. Der Bezirksausschuß wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel unter Berücksichtigung des Haushaltsplanes zu bewilligen und nötigenfalls eine besondere Bezirksumlage auszusprechen, soweit Reichs- und Staatszuschüsse hierzu nicht ausreichen. Die Hilfsmassnahmen sollen möglichst im selben Ausmaße erfolgen wie im vorläufigen Jahre.

Bürgermeister Meßner führte aus, daß die bürgerliche Fraktion der Säkular und auch dem sozialdemokratischen Antrag, die Winterhilfsmassnahmen betreffend, zustimme. Zu der Abstimmung wird die Vorlage gegen die kommunistischen Stimmen angenommen, dem sozialdemokratischen Antrag einstimmig zugestimmt.

Amtshauptmann Dr. Böhmer begründet die dem Be-

zirkstag zur Beschlußfassung vorliegende Jagdsteuerordnung. Redner weist darauf hin, daß sich der Bezirksausschuß bei Beratung der Vorlage bis auf einen Punkt einigen konnte. Nur wegen der Höhe der Jagdpachtsumme bestünden in dem einen Falle, der Pacht der Jagdgenossenschaften betrifft, Meinungsverschiedenheiten. Die Mehrheit des Bezirksausschusses wolle die Jagdgenossenschaften nicht so hoch besteuern, während die Minorität Höchstbesteuerung fordere. Bei Höchstbesteuerung erbrächte die Jagdsteuer dem Bezirk 29 000 Mark, im anderen Falle 23 000 Mark.

Genosse Krehshmar weist darauf hin, daß für die sozialdemokratische Bezirksratsfraktion finanzpolitische Gründe maßgebend sind, wenn seine Fraktion die Höchstbesteuerung der von Jagdgenossenschaften gepachteten Jagden fordert. Er bittet, einem diesbezüglichen sozialdemokratischen Antrag die Zustimmung zu geben. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für den sozialdemokratischen Antrag. Die Vorlage wird schließlich gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Amtshauptmann Dr. Böhmer gibt die Begründung, weshalb der Bezirkstag der Steuerordnung, die für die selbständigen Gutsbezirke des Bezirksverbandes Leipzig Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer in Höhe von 150 Prozent vorseht, zustimmen möchte.

Brandlexianer Böhmer erklärt, daß die kommunistische Fraktion die Steuerordnungen ablehne.

Thätmannianer Böhmer weist auf die „Grundsatzeffektivität“ der kommunistischen Bezirksratsmitglieder in Steuerfragen hin und empfiehlt die Sozialdemokraten.

Genosse Meßner macht darauf aufmerksam, daß die Kommunisten mit ihrer Ablehnung den wohlhabenden großen Gutsbezirken besondere Steuererleichterungen machen wollen. Die Grundsatzeffektivität der Kommunisten sei nicht weit her. So habe Herr Böhmer, Thella, noch vor einigen Jahren eine Grundsteuerordnung der Gemeinde Thella wärmstens befürwortet, die besagt, daß durch die Grundsteuereinnahmen 20 bis 50 Prozent des gesamten Steuerbedarfs zu decken sind. Die Steuerordnung sah Steuerbefreiung bis zu 150 Prozent vor. — Die Abstimmung brachte zunächst Ablehnung eines bürgerlichen Antrages, der 100 Prozent Zuschlag vorseht. Die Vorlage wurde mit den sozialdemokratischen, mehreren bürgerlichen und einer kommunistischen Stimme angenommen.

Gehemnisvoller Tod

In der Nacht zum Sonntag wurde die in Borna in der Grimmaer Straße wohnhafte Familie des 43jährigen Gaschloßers Tonn von einem tragischen Schicksal betroffen. T. wurde gegen 1/8 Uhr von einem heftigen Bürger vor dem Kettelschloßchen Grundstück in der Köpffstraße in einer großen Wutlage dem Ende nahe aufgefunden. Die sofort benachrichtigte Polizei brachte den Bedauernsmerken nach der Wache, wo der eilends gerufene Arzt einen Messerstich im linken Oberarm mit durchschüttelter Schlagader feststellte und Notverband anlegte. Der bereits erlittene Blutverlust war leider so stark, daß Tonn auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Nach den bisherigen Ermittlungen weilt Tonn in einer kleinen Gastwirtschaft zum Preislaten, die er kurz vor der Polizeistunde ruhig verlassen hat. Legendewelche Streitigkeiten haben sich nicht zugehörig. Für die Polizei besteht noch Verlassen der Gastwirtschaft bis zum Auffinden noch völliges Dunkel. Mit den weiteren Ermittlungen ist der hiesige Kriminalposten beschäftigt und sind sachdienliche Angaben dort zu machen. Der Familie, die noch mehrere Kinder hat, wendet sich allgemeine Teilnahme zu. Sie wollte am Sonntag Kindertaufe halten.

Das Kriminalamt Leipzig, dessen Beamte am Tatort weilten, schreibt in einem amtlichen Bericht u. a. folgendes:

Der Tönn, den Tonn erhalten hat, ist etwa 5 Zentimeter lang, verläuft von unten nach oben und hat zweifelslos zur Verletzung geführt. Die Verletzung ist Tonn in der Leichstraße, einer kurz vor seiner Wohnung liegenden Querstraße der Grimmaischen Straße, beigebracht worden, nachdem er eine in der Nähe befindliche Gastwirtschaft verlassen hatte. Tonn hat sich. Es ist ein grauer Filzhut, glatt, gepreßter Filz ohne Muster, mit glattem Rand, grau-gelblichem Band mit hellen oder dunklen Streifen. Unzweifelhaft liegt fremdes Verschulden vor. Die von der Nordkommission des Kriminalamts Leipzig in Verbindung mit dem Kriminalposten Borna, einem Vertreter der Staatsanwaltschaft und den Gerichtsärzten sofort aufgenommenen Erörterungen haben bisher zu einer Klärung des Motivs der Tat noch nicht geführt. Von dem Täter fehlt jede Spur. Raubmord scheidet offenbar aus, ebenso liegt kein Grund vor, einen Raubmord zu vermuten. Möglich ist, daß der Verstorbene nach einem vorausgegangenem Streite die Verletzung erhalten hat. Deshalb ist es von Wichtigkeit, daß sich alle Zeugen melden, welche irgendwelche Wahrnehmungen, die mit der Straftat in Verbindung gebracht werden können, beim Kriminalposten Borna oder bei der nächsten Polizei- oder Gerdarmeriedienststelle melden.

Pegau. Genosse Reinsdorf 75 Jahre alt. Am Dienstag, dem 27. November, hocht unser Parteiveteran, der Gen. Ernst Reinsdorf, in geistiger und körperlicher Frische seinen 75. Geburtstag. In ihm verkörpert sich ein Stück Parteigeschichte, hat er doch von der Zeit der Einigung der Eisenacher und Völskener bis heute unerschütterlich und treu zur Partei gestanden. Die Begauer Arbeiterklasse grüßt den alten Kämpfer und Führer und wünscht, ihn noch lange in ihrer Mitte zu sehen.

Eilenburg. Ein Kellerbrand entstand im Grundstück Dübener Straße 82. Das Feuer konnte bald wieder gelöscht werden, der entstandene Schaden ist nicht groß.

Die Leipziger Volkszeitung für die Arbeitslosen!

Anmeldung zum Abonnement für Monat Dezember: Montag, den 26., und Dienstag, den 27. November, 18-20 Uhr in der Anmeldestelle des Wohnbezirks. — Bezugspreis 1 Mark. — Als Ausweis gilt die Stempellarte. Die mit * versehenen Anmeldestellen nehmen Abonnements von vorm. 10 bis 18 Uhr entgegen. Die Bezugsbedingungen sind in den Meldestellen zu erfahren. — Die Anmeldestellen dürfen in keinem Falle von den Bestimmungen abgehen.

- Anmeldestellen in den einzelnen Bezirken:**
- Alt-Leipzig: Filiale der Volkszeitung, Selzer Str. 82.
 - *Kontor der Leipziger Volkszeitung, Tauchaer Str. 19/21, l. rechts
 - Offbeiz: L. 24*, Filiale der Volkszeitung, Ellabothstr. 19. L. 2.
 - Schönefeld: Filiale der Volkszeitung, Stettiner Str. 64. L. 2. Otto Schmidt, Karl-Härtling-Str. 8, III r. L. Baunsdorf, Karl Reichel, Kleiner Str. 83. Graefeborff Hauptstr. 2. Filiale der W. Althen, Paul Stegert, Althen Nr. 5.
 - Neueger Offbeiz: Taucha Hamann Lindnerstraße 20. Döbitz, Gottfried Ruhstam, Pantisch Richard Rood, Querstraße 54. Vortig Albert Wollfahrt Nr. 35h.
 - Südostbeiz: L. Thonberg, Bibliothek, Stötterker Str. 17. L. 2. Stötterik*, Filiale der Volkszeitung, Ferdinand-Joh.-Str. 27. L. 2. Großbeiz, Bibliothek, Ruffenstraße 14. Großbeiz, W. Al-

- Wesner, Hauptstraße 24. Holzhausen, A. Lohstedt, Baalsdorfer Straße 7. Liebertwoltzig, Paul Gebhardt, Markt 1. Müllau, Wilhelm Kuttig, Hauptstr. 17. Zwietaundorf, Otto Ping, Hauptstraße 26. St. Witzsch, Albin Sommer, Dedwitz Nr. 9. Südostbeiz, Otto Krause, Nr. 42. Wabau, Joh. Gormann Am Bach 27 c.
- Südbeiz: Leipzig-Connewitz, Filiale der W. Bornaische Str. Leipzig-Völsig, Friedr. Mohr, Colloredolstraße 10, p. r. (Meldezeit von 17 bis 19 Uhr). Döbitz, E. Hoffmann, Frieberkenstraße 9. Gröbern, R. Babl, Kirchstraße 11. Markleeberg, Walter Franke, Bergstraße 14. Döbitz, Julius Schmidt, Gauß Albin Weidner Jöhmen, Adolf König Jöhbiger, Alfred Albrecht, Gartenstraße 4. Zwietau, Artur Wolf, Bahnhofstraße 5. Großbeiz, Otto Wöllner, Turnerstr. 5.1. Großbeiz, Hermann Dettel, Hauptstraße 58.
- Westbeiz: L. Vindenhau*, Filiale der Volkszeitung, Obermannstraße 2. Blagwitz-Schleußig*, Filiale der Volkszeitung, Weihen-

- Wesner Straße, L. Kleinschöcher*, Filiale d. Volkszeitung, Diestaustraße 5. L. Großschöcher, Filiale der Volkszeitung, Hauptstraße 36. L. Völsig, W. Klein, Vindenhauer Straße 9. I. Völsig-Grenberg, W. Waduschke, Bielastr. 21. II. Bösdorf, Arno Keller, Zwenauer Str. 37. I. Anauktlebera, Otto Jonak Leipzig, Str. 32. Klitzmarodorf, Albin Langrod, Frankenstein, Schönau, Paul Wiedemann, Wölsiger Str. 31.
- Neueger Westbeiz: Markranstädt*, Filiale der Volkszeitung, Schleußiger Str. 15. Völsig, Reinhold Geort.
- Westbeiz: L. Eutritzsch, Bibliothek, Wilhelmstr. 23. L. Völsig, Filiale der Volkszeitung, Vindenhauer Str. 22. L. Müden, im Heim, Wollstraße, Leipzig-Wahren, Albert Vacius, Hallische Straße 387. Quasnik, Kurt Schönfeld, Bahnstr. 9. Vindenhau, Mag. Bauer, Heerstr. 8. Podelwitz, Franz Seimann Nr. 20. Wiederthig*, Konsumverein, Wölsig, Richard Jessel, Conarweg 108.

